

zu ZSA 2123 (1977)

He 88

Hessische
Landesbibliothek:
Wiesbaden

Verfassungsschutz in Hessen

Landesbibliothek Wiesbaden



83206438

Bericht 1977

(1978)

Vorwort

Zum ersten Mal wird der Öffentlichkeit ein Jahresbericht vorgelegt, der auf den Erfahrungen und Beobachtungsergebnissen des nachrichtendienstlichen Verfassungsschutzes in Hessen beruht. Er entspricht den rechtsstaatlichen Forderungen nach Transparenz und Offenheit. Der Bürger kann sich anhand der dargestellten Fakten, Übersichten und Beurteilungen ein Bild über Art und Umfang der verfassungsfeindlichen Bestrebungen in Hessen machen. Diese Angaben sollen Informationslücken schließen und damit ermöglichen, die Arbeit der Verfassungsschutzbehörde besser als bisher zu würdigen.

Die Veröffentlichung des Berichts entspricht dem Beschluß des Hessischen Landtags in seiner 59. Sitzung vom 7. Juli 1977, durch den die Landesregierung beauftragt wird, alljährlich einen „Verfassungsschutzbericht Hessen“ vorzulegen.

Der Verfassungsschutzbericht gibt einen knappen Überblick über Bestrebungen, bei denen konkrete Anhaltspunkte dafür vorliegen, daß die verfolgten Ziele oder die zur Verwirklichung dieser Ziele angewendeten oder befürworteten Mittel und Wege ganz oder teilweise mit den Grundsätzen der freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes nicht in Einklang stehen.

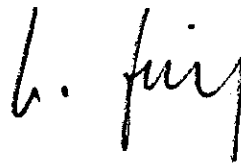
Die Aufnahme von bestimmten Organisationen und Einzelpersonen in den Jahresbericht hat keine rechtlichen Auswirkungen. Sie greift in den rechtlichen Status der Betroffenen nicht ein und kann diesen selbstverständlich nicht ändern. Die Benennung erfolgt vielmehr in Form von Werturteilen im Rahmen des gesetzlichen Auftrags der Verfassungsschutzbehörden, verfassungsfeindliche Gruppen und Aktivitäten zu beobachten, um so die freiheitliche demokratische Grundordnung zu schützen. So verstanden fördert sie

die politische Auseinandersetzung mit dem Verfassungsgegner, anstatt ihn mit juristischen Mitteln zu bekämpfen (vgl. Beschluß des BVerfG vom 29. Oktober 1975, BVerfGE 40, 287).

Der vorgelegte Verfassungsschutzbericht befaßt sich im Gegensatz zu dem jährlichen Bericht des Bundesministers des Innern nur mit Organisationen und Einzelpersonen, deren Tätigkeit sich auch auf das Land Hessen erstreckt. Auch führt der Bericht nur wesentliche Tendenzen und typische Aktionen an, die das Landgebild bestimmen.

Die Tätigkeit des Landesamtes für Verfassungsschutz, oft verkannt oder zu Unrecht in ein negatives Licht gerückt, muß erhebliche Schwierigkeiten in der täglichen Praxis überwinden. Extremistische Vereinigungen pflegen ihre wahren Absichten und Ziele zu verheimlichen. Deshalb ist die Verfassungsschutzbehörde gezwungen, diese Abschottung – unter strengster Beachtung rechtsstaatlicher Grundsätze – zu durchbrechen, um rechtzeitig verfassungsfeindliche Bestrebungen zum Zwecke einer wirksamen Abwehr aufzudecken. Bei dieser geduldigen, mühevollen Kleinarbeit bedarf der Verfassungsschutz des Vertrauens der Bürger; denn Verfassungsschutz ist in letzter Konsequenz Bürgerschutz.

Wiesbaden, im Juni 1978



(Ekkehard Gries)
Hessischer Minister des Innern

Inhalt	Seite
Gesetzliche Grundlagen	5
Grundgesetz	5
Verfassungsschutzgesetz	5
Gesetz über die Errichtung eines Landesamtes für Verfassungsschutz	7
Parlamentarische Kontrolle	7
Organisation des Landesamtes für Verfassungsschutz Hessen	7
Informativer Verfassungsschutz	8
Rechtsextremistische Bestrebungen	9
Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)	9
Junge Nationaldemokraten (JN)	11
Neonazistische Aktivitäten	11
Ausschreitungen aus rechtsextremistischen Beweggründen	16
Beurteilung	16
Linksextremistische Bestrebungen	17
Orthodoxe Kommunisten	17
Deutsche Kommunistische Partei (DKP)	17
Nebenorganisationen der DKP	21
Marxistischer Studentenbund Spartakus (MSB)	21
Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ)	21
Junge Pioniere (JP)	24
DKP-beeinflußte Organisationen	24
Deutsche Friedensunion (DFU)	24
Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN – BdA)	24
Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG – VK)	24
Neue Linke	24
Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)	24
Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)	25
Kommunistische Partei Deutschlands / Marxisten-Leninisten (KPD/ML)	25
Kommunistischer Bund (KB)	27
Trotzkistische Gruppen	27
Andere kommunistische Gruppen	27
Undogmatische Neue Linke	27

Entwicklung linksextremistischer Bestrebungen an den Hochschulen	31
Terror und Gewalt	33
„Rote Armee Fraktion“ (RAF)	33
Revolutionäre Zellen (RZ)	33
Vorfeld der Terrorgruppen	33
Bombendrohungen und andere Aktionen	36
Beurteilung	36
Sicherheitsgefährdende Bestrebungen von Ausländern	37
Ausländer in Hessen	37
Ausländergruppen mit extremistischen Aktivitäten	37
Beurteilung	38
Spionageabwehr	39
Allgemeine Lage	39
Werbungsanlässe	39
Umfang der Werbungen und Werbungsversuche	39
Werbungsmittel	39
Führungsmethodik	39
Ausspähungsziele	40
Verurteilungen	40
Beurteilung	40

Gesetzliche Grundlagen

Grundgesetz

Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland sieht für die Aufgaben des Verfassungsschutzes vor:

Art. 73 Nr. 10

Der Bund hat die ausschließliche Gesetzgebung über . . . die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder . . . zum Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, des Bestandes und der Sicherheit des Bundes oder eines Landes (Verfassungsschutz) . . .

Art. 87 Abs. 1 Satz 2

Durch Bundesgesetz können . . . Zentralstellen . . . zur Sammlung von Unterlagen für Zwecke des Verfassungsschutzes und des Schutzes gegen Bestrebungen im Bundesgebiet, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden, eingerichtet werden.

Gesetz über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes

vom 27. September 1950 (BGBl. S. 682), geändert durch Gesetz vom 7. August 1972 (BGBl. I S. 1380)
(Verfassungsschutzgesetz)

§ 1

(1) Der Bund und die Länder sind verpflichtet, in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes zusammenzuarbeiten.

(2) Die Zusammenarbeit besteht auch in gegenseitiger Unterstützung und Hilfeleistung.

§ 2

(1) Für die Zusammenarbeit des Bundes mit den Ländern errichtet der Bund ein Bundesamt für Verfassungsschutz als Bundesoberbehörde. Es untersteht dem Bundesminister des Innern.

(2) Für die Zusammenarbeit der Länder mit dem Bund bestimmt jedes Land eine Behörde zur Bearbeitung von Angelegenheiten des Verfassungsschutzes.

§ 3

(1) Aufgabe des Bundesamtes für Verfassungsschutz und der nach § 2 Abs. 2 bestimmten Behörden ist die Sammlung und Auswertung von Auskünften, Nachrichten und sonstigen Unterlagen über

1. Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand und die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung von Mitgliedern verfassungsmäßiger Organe des Bundes oder eines Landes zum Ziele haben,
2. sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten im Geltungsbereich dieses Gesetzes für eine fremde Macht,
3. Bestrebungen im Geltungsbereich dieses Gesetzes, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden.

(2) Ferner wirken das Bundesamt für Verfassungsschutz und die nach § 2 Abs. 2 bestimmten Behörden mit

1. bei der Überprüfung von Personen, denen im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftige Tatsachen, Gegenstände oder Erkenntnisse anvertraut werden, die Zugang dazu erhalten sollen oder ihn sich verschaffen können,
2. bei der Überprüfung von Personen, die an sicherheitsempfindlichen Stellen von lebens- und verteidigungswichtigen Einrichtungen beschäftigt sind oder werden sollen,

3. bei technischen Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz von im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftigen Tatsachen, Gegenständen oder Erkenntnissen gegen die Kenntnisnahme durch Unbefugte.

(3) Polizeiliche Befugnisse oder Kontrollbefugnisse stehen dem Bundesamt für Verfassungsschutz nicht zu. Zur Wahrung seiner Aufgaben nach Absatz 1 und Absatz 2 ist es befugt, nachrichtendienstliche Mittel anzuwenden. Das Amt darf einer polizeilichen Dienststelle nicht angegliedert werden.

(4) Die Gerichte und Behörden und das Bundesamt für Verfassungsschutz leisten sich gegenseitig Rechts- und Amtshilfe (Artikel 35 GG).

§ 4

(1) Das Bundesamt für Verfassungsschutz unterrichtet die in jedem Lande gemäß § 2 Abs. 2 bestimmte Behörde über alle Unterlagen, deren Kenntnis für das Land zum Zwecke des Verfassungsschutzes erforderlich ist.

(2) Die in den Ländern bestimmten Behörden unterrichten das Bundesamt über alle Angelegenheiten des Verfassungsschutzes, von denen sie Kenntnis erhalten und die für den Bund, die Länder oder eines von ihnen von Wichtigkeit sind.

(3) Ist gemäß § 2 Abs. 2 eine andere als die Oberste Landesbehörde bestimmt, so ist die Oberste Landesbehörde gleichzeitig zu benachrichtigen.

§ 5

(1) Die Bundesregierung kann, wenn ein Angriff auf die verfassungsmäßige Ordnung des Bundes erfolgt, den Obersten Landesbehörden die für die Zusammenarbeit der Länder mit dem Bund auf dem Gebiete des Verfassungsschutzes erforderlichen Weisungen erteilen.

(2) Der Bundesminister des Innern kann im Rahmen des § 3 den nach § 2 Abs. 2 bestimmten Behörden Weisungen für die Zusammenarbeit in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes erteilen. § 4 Abs. 3 gilt sinngemäß.

§ 6

Das Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Gesetz über die Errichtung eines Landesamtes für Verfassungsschutz

vom 19. Juli 1951 (GVBl. S. 43), geändert durch Art. 5 des Gesetzes vom 21. März 1962 (GVBl. S. 213)

§ 1

(1) Gemäß § 2 Abs. 2 des Gesetzes über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes vom 27. September 1950 (BGBl. S. 682) wird für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes ein Landesamt für Verfassungsschutz errichtet. Es untersteht dem Minister des Innern.

(2) Der Leiter des Landesamtes für Verfassungsschutz ist Beamter im Sinne des § 57 des Hessischen Beamtengesetzes.

§ 2

Polizeiliche Befugnisse oder Weisungsbefugnisse stehen dem Landesamt für Verfassungsschutz nicht zu.

§ 3

(1) Die hessischen Behörden sind dem Landesamt für Verfassungsschutz zur Auskunft verpflichtet. Auf dessen Ersuchen haben sie ihm Unterlagen über Bestrebungen, die eine Aufhebung, Änderung oder Störung der verfassungsmäßigen Ordnung im Bund oder in einem Lande oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Mitglieder verfassungsmäßiger Organe der Bundesrepublik oder eines Landes zum Ziele haben, zu übersenden.

(2) Die hessischen Behörden sind verpflichtet, dem Landesamt für Verfassungsschutz unverzüglich Mitteilung zu machen, wenn ihnen Bestrebungen der in Absatz 1 bezeichneten Art bekannt werden.

§ 4

Die zur Durchführung dieses Gesetzes erforderlichen Verwaltungsvorschriften erläßt der Minister des Innern im Einvernehmen mit dem beteiligten Fachminister.

§ 5

Dieses Gesetz tritt mit seiner Verkündung in Kraft.

Parlamentarische Kontrolle

Die parlamentarische Kontrolle über das LfV Hessen übt innerhalb des Hessischen Landtags der ständige Ausschuß (Hauptausschuß) aus. Dies beruht auf § 25 Abs. 6 Satz 1 der Geschäftsordnung des Hessischen Landtags, der lautet:

Im übrigen ist der Hauptausschuß insbesondere zuständig für die Beratung von Gegenständen, die verfassungsrechtliche und verfassungspolitische Bedeutung haben, sowie von Gegenständen, die aus Sicherheitsgründen vertraulicher Behandlung bedürfen.

Organisation des Landesamtes für Verfassungsschutz Hessen (LfV)

Das LfV Hessen ist eine obere Landesbehörde und gehört zum Geschäftsbereich des Hessischen Ministers des Innern. Es nahm seine Tätigkeit am 28. November 1950 auf. Die Dienststelle befindet sich in Wiesbaden und ist unter Postfach 39 05 bzw. der Telefonnummer (0 61 21) 3 96 21 zu erreichen.

Das LfV gliedert sich in 6 Abteilungen mit folgender Zuständigkeit:

Abteilung Z	– Verwaltung	Abteilung II	– Beschaffung
Abteilung I	– Zentrale Fachfragen, Nachrichtendienstliches Informationssystem (NADIS), Auswertung Rechtsextremismus, Auswertung Sicherheitsgefährdende Bestrebungen von Ausländern	Abteilung III	– Auswertung Linksextremismus und Terrorismus
		Abteilung IV	– Spionageabwehr
		Abteilung V	– Geheimschutz

Informativer Verfassungsschutz

Unabhängig vom Landesamt für Verfassungsschutz besteht im Hessischen Ministerium des Innern ein Referat für „informativen Verfassungsschutz“. Die Aufgaben dieses schon 1968 eingerichteten Referats sind 1974 durch Beschlüsse der Ständigen Konferenz der Innenminister/-senatoren der Länder (IMK) konkretisiert worden.

In dem Programm für die „Innere Sicherheit in der Bundesrepublik Deutschland“ formulierte die IMK im Februar 1974 als Forderung

„Verfassungsschutz durch Aufklärung: Die freiheitliche demokratische Grundordnung kann auf Dauer nur durch die politische Auseinandersetzung mit den verfassungswidrigen Bestrebungen gesichert werden“. In Ausführung dieses Programmsatzes beschloß die IMK am 9. Dezember 1974 die Rahmenkonzeption „Verfassungsschutz durch Aufklärung“.

Es handelt sich um zwei Aufgabenbereiche, die wechselseitig in einem engen Zusammenhang stehen:

- Umfassende verfassungsrechtliche und politische Aufklärung über Wesen, Einrichtung und Praxis des Verfassungsschutzes als eines komplexen Sicherungs- und Abwehrsystems gegenüber verfassungswidrigen Bestrebungen von der Basis her, einschließlich Darstellung seiner Probleme und rechtlichen Kontrollen.
- Information über Art und Umfang der verfassungswidrigen Bestrebungen mit dem Ziel, die geistige Auseinandersetzung im Rahmen der politischen Bildungsarbeit zu unterstützen.

Der informative Verfassungsschutz befaßt sich auch mit Informationen aus der Ursachenforschung über den politischen Extremismus.

Das Referat beteiligt sich an der Aus- und Fortbildung des öffentlichen Dienstes, insbesondere im Bereich der Polizei und der allgemeinen inneren Verwaltung, unterstützt Lehrer in der politischen Bildungsarbeit, sucht aber auch das unmittelbare Gespräch mit Schülern. Einen wesentlichen Teil der Arbeit macht die Diskussion mit Hochschullehrern und Studenten aus. Politische Parteien, Gewerkschaften, Wirtschaftsverbände und Kirchen haben seit Jahren mit dem informativen Verfassungsschutz Veranstaltungen durchgeführt.

Vorträge, die vom Referat für informativen Verfassungsschutz angeboten werden:

Verfassungsschutz in der rechtsstaatlichen Demokratie

Rechtsgrundlagen, Aufgaben und Praxis der Ämter für Verfassungsschutz einschließlich ihrer Kontrolle

Rechtliche Voraussetzungen und Praxis für Maßnahmen nach Art. 10 des Grundgesetzes (Abhörgeheimnis)

Das Referat bietet auch

Forderungen

Radikale im öffentlichen Dienst

- Historische Entwicklung, Gefahren des politischen Extremismus und rechtliche Probleme –

Zur Problematik des Parteiverbots nach Art. 21 Abs. 2 GG

Spionageaufklärung in der Bundesrepublik Deutschland

- Darstellung von besonderen Fällen –

Der informative Verfassungsschutz als spezieller Weg in Hessen der Bund/Länder-Konzeption „Verfassungsschutz durch Aufklärung“

Verfassungsschutz und politische Bildung

- Gemeinsame Lernziele –

Probleme des polizeilichen Verfassungsschutzes

- Fragen des Versammlungs- und Demonstrationsrechts –

Strafrechtlicher Verfassungsschutz

Zu den Ursachen der politischen Gewaltkriminalität

- Deutungsversuche an Beispielen der terroristischen Bestrebungen –

Linksextreme Bestrebungen in der Bundesrepublik Deutschland

- Organisationen, Taktik und politische Zielsetzungen –

Die Auseinandersetzung zwischen orthodoxen Kommunisten und der extremen Neuen Linken

Ursachen der linksextremen Bestrebungen

- Militanter Antikapitalismus, Proteste gegen die moderne Industriegesellschaft –

Zur geistig-politischen Auseinandersetzung mit den linksextremen Bestrebungen

- Probleme, Erfahrungen und Vorschläge –

Rechtsextreme Denkvorstellungen in Staat und Gesellschaft

- Autoritäre Strukturen, Antisemitismus, emotionaler Antikommunismus –

Der organisierte Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland

- Daten und Fakten über Organisationsstrukturen rechtsextremer Gruppen –

Taktik und Methoden des Rechtsextremismus

- Propaganda und Techniken rechtsextremer Agitation –

Der Nährboden des Rechtsextremismus

- Deutung der Wahlergebnisse und Darstellung der Trägergruppen sowie der sie begünstigenden Faktoren –

Die Auseinandersetzung mit rechtsextremen Bestrebungen

- Erfahrungen aus der Praxis und Vorschläge –

Rechtsextremistische Bestrebungen

In Hessen sind 1977 neben der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD) und ihrer Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ (JN) insbesondere neonazistische Gruppen, wie z. B. die „Deutsche Bürgerinitiative“, aufgetreten.

Andere rechtsextremistische Gruppierungen dagegen, wie z. B. die „Deutsche Volksunion“ (DVU) des Dr. Frey und die „Wiking-Jugend“ (WJ) bzw. der „Bund Heimattreuer Jugend“ (BHJ), traten nicht besonders in Erscheinung. Als Presseorgan hat in Hessen, wie auch im Bundesgebiet, lediglich die von Dr. Frey herausgegebene „Deutsche National-Zeitung“ Bedeutung.

Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)

Die NPD ist nach wie vor die größte rechtsextremistische Organisation in der Bundesrepublik Deutschland. Ihr Parteiorgan ist die „Deutsche Stimme“. Erster Vorsitzender der NPD ist seit 1971 Martin Müssgung, Tuttligen. Die hessische NPD wird von Mathias Quintus, Frankfurt am Main, geführt.

Für die verfassungsfeindliche Zielsetzung der NPD liegen ausreichende Anhaltspunkte vor, obwohl sich die Partei in ihrem Programm zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung bekennt.

So propagiert die NPD einen „völkischen Kollektivismus“ und fordert die „solidarische Volksgemeinschaft“ an Stelle der „pluralistischen Gesellschaft – ein plutokratisches Hirngespinnst der Profitjäger von heute“ (Deutsche Stimme, VIII/77).

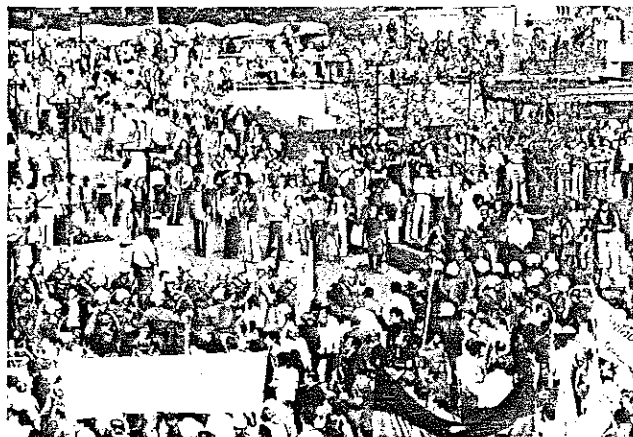
In ihrer Agitation stellt die NPD immer wieder die Prinzipien des parlamentarischen Staates in Frage und verleumdet demokratische Institutionen und Politiker.

„Die Krisen- und Versagerparteien von SPD/F.D.P. versuchen um jeden Preis, ihre Monopolstellung im öffentlichen Leben zu verteidigen“ (NPD-Stimmen Hessen, Dez. 1977). „Den Politikern der sozialistisch-liberalistischen Komplizenschaft geht es nicht um die Lösung anstehender Probleme . . .“ (NPD-Stimmen Hessen, Dez. 1977). „Unsere Regierungen setzen sich aus Statthaltern und Helfern unserer ehemaligen Feinde, aus Egoisten, demütigen Büßern und überfütterten Schläfern zusammen . . . Sie halten eiserne an der Lüge von ‚sechs Millionen‘ fest, um uns an eine Schuld und Bußpflicht zu binden“ (Deutsche Stimme, VIII/1977).

Die Mitgliederentwicklung der NPD war 1977 im ganzen Bundesgebiet rückläufig. Die Mitgliederzahl ging von 9700 im Jahre 1976 auf ca. 9000 im Jahre 1977 zurück. Der Landesverband Hessen hatte 1977 ca. 900 Mitglieder. Von den 28 hessischen Kreisverbän-

den ist etwa die Hälfte funktionsfähig. An den hessischen Kommunalwahlen im März nahm die NPD nur in 2 kreisfreien Städten, 2 Landkreisen und einigen Gemeinden teil. Sie erhielt zwischen 0,4 und 0,8 % der Stimmen und verringerte damit ihren Anteil gegenüber 1972 um etwa ein Drittel.

Der Stimmenverlust bei den letzten Bundestagswahlen führte zu einer ungünstigen Finanzlage der NPD. Die Verpflichtung zur Rückzahlung zuviel erhaltener Vorschüsse auf Wahlkampfkostenerstattung führte auf Bundesebene zu Schulden in Höhe von ca. 1 Million DM.



Im Mittelpunkt der politischen Aktivitäten stand das sogenannte „Deutschlandtreffen der NPD“ am 17. Juni in Frankfurt am Main. An der Veranstaltung nahmen etwa 4000–5000 Rechtsextremisten aus dem ganzen Bundesgebiet teil, darunter auch Abordnungen nationalistischer Gruppen aus Österreich, Frankreich, Spanien und Belgien. In einem Flugblatt wurde die Frankfurter Bevölkerung aufgefordert, sich zum „deutschen Volkswiderstand“ zu sammeln und Frankfurt „zur ersten nationaldemokratischen Stadt Deutschlands“ zu machen. Es kam zu schweren Zusammenstößen zwischen Veranstaltungsteilnehmern und linken Gegendemonstranten. Regionale Veranstaltungen am 13. August in Kassel und Frankfurt am Main verliefen ohne Zwischenfälle.

8. Mai 1977

Eine deutsche Katastrophe — keine Schande!

Die Blamage von Berlin

Kommandantura verbietet NPD-Propaganda

Alle Rechte vorbehalten
Berlin
NR. 0 077 3
1. April 1977

Die NPD-Propaganda
in Berlin ist in der
Kommandantura verboten.
Die NPD-Propaganda
in Berlin ist in der
Kommandantura verboten.

Die DEUTSCHE STIMME
bringt dieses Dokument
als Zeichen der Solidarität
mit den deutschen
Kriegsgefangenen und
den deutschen
Kriegsgefangenen.

Ausgibt wurde diese
Zeitung in Berlin
am 1. April 1977
in der Kommandantura
verboten.

Die NPD-Propaganda
in Berlin ist in der
Kommandantura verboten.
Die NPD-Propaganda
in Berlin ist in der
Kommandantura verboten.

Die NPD-Propaganda
in Berlin ist in der
Kommandantura verboten.
Die NPD-Propaganda
in Berlin ist in der
Kommandantura verboten.

NPD fordert:

Recht auf Arbeit

Bonner Pleitenpolitik
Die Lizenzparteien schufen gemeinsam Milliardenverschuldung, Arbeitslose, Rentenfiasko und Unsicherheit auf allen Gebieten. Alle Schichten unseres Volkes aber werden dafür zur Kasse gebeten!

Ungesühnte Kriegsverbrechen
Massenmord an Hunderttausenden von hilflosen Frauen (Kindern, Kriegsverbrecher Nr. 1 Churchill auf der Anklagebank)

Öffentliche Versammlung
am Dienstag, dem 14. Februar 1978 um 20 Uhr,
Haus Dornbusch Frankfurt, Eschersheimer Landstraße 246
Es sprechen:
Walter Seetzen
Heinz Mahneck
Wahlkreiskandidat, Wahlkreis 5

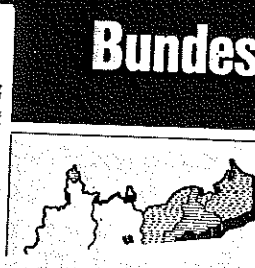
DEUTSCHLAND
SENDER

DEUTSCHLAND ist GRÖßER als die Bundesrepublik

Jahrgang Nr. 1
Zeitschrift 1,50 DM
E 1100 E

„Lebensqualität“

Wohlstand	100
Wohnraum	100
Wasser	100
Strom	100
Wärme	100
Verkehr	100
Freizeit	100
Erziehung	100
Arbeitslosigkeit	100
Wohlstand	100



3 deutsche Staaten
abgetrennte Gebiete
Millionen vertrieben
und dennoch:
Wir sind ein Volk

Frankfurter Rundschau
Die Wahrheit
Frankfurter Rundschau
Die Wahrheit

PD-DEUTSCHLANDTREFFEN '77
17. Juni 1977 - Frankfurt/Main - Römerberg

Das Reich wird uns doch

STIMME
der hessischen Nationaldemokraten

Verdauungsbeschwerden
Ein neuer deutscher Beitrag:
Die Verdauungsbeschwerden
sind ein Zeichen für eine
schlechte Verdauung.
Die Verdauungsbeschwerden
sind ein Zeichen für eine
schlechte Verdauung.

BONN '78
SKANDALE
Milliardenverschuldung
Arbeitslose
Rentenfiasko

Deutsche Jugend im Abseits

Deutsche Jugend im Abseits
eine Antwort
NPD
NATIONALDEMOKRATEN

Junge Nationaldemokraten (JN)

Die politische Aktivität der JN übertraf die der NPD, wobei eine größere Militanz in der politischen Auseinandersetzung unverkennbar war.

Im Sommer brachte der Bundesvorstand der JN eine neue Zeitung „Der Pfeil“ heraus, die im Gegensatz zum NPD-Organ „Deutsche Stimme“ bewußt eine „schärfere Tonart“ anschlug.

Die Partei- und Bundesführung befürchten, daß neonazistische Gruppen Einfluß auf JN-Verbände gewinnen könnten, „da insbesondere junge Mitglieder anfällig für die von den Neonazis propagierten Ziele“ seien.

Der Landesverband Hessen der JN hatte etwa 140 Mitglieder. Gruppen bestehen in Frankfurt am Main, Kassel, Offenbach am Main und Darmstadt-Dieburg. Unter dem im Februar gewählten neuen Landesvorsitzenden Lothar Lauck, Hofheim, hat die Aktivität der JN Hessen zugenommen. Während die JN-Verbände früher fast ausschließlich im Rahmen der Kreisverbände der NPD tätig wurden, traten sie nunmehr vermehrt mit eigenen Aktionen (Informationsständen und Kurzkundgebungen) an die Öffentlichkeit. Seit Ende 1977 ist das Verhältnis zwischen dem NPD-Landesvorstand und dem Landesvorsitzenden der JN sehr gespannt, was sich auch auf die Aktivität der JN ausgewirkt hat.

Neonazistische Aktivitäten

Die neonazistischen Aktivitäten haben 1977 weiter zugenommen. Besondere Aufmerksamkeit fand in der Öffentlichkeit die „Deutsche Bürgerinitiative“ (DBI) des (ehemaligen) Rechtsanwalts Manfred Roeder, der bei vielen bundesweiten Aktionen mit Thies Christophersen, dem Initiator der „Bürger- und Bauerninitiative“ (BBI) in Schleswig-Holstein, zusammenarbeitete. Hauptanliegen aller neonazistischen Aktivisten ist der Kampf gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung in der Bundesrepublik Deutschland sowie das Bekenntnis zum Nationalsozialismus und zum Dritten Reich.

Unverkennbar ist bei einem Teil dieser Aktivisten die Bereitschaft zur Gewaltanwendung, wobei auch der Gebrauch von Waffen nicht ausgeschlossen wird.

Die Ziele Roeders wurden einmal durch Äußerungen bei Demonstrationen, zum anderen durch seine regelmäßig an Anhänger versandten „Rundbriefe“ und ein seit Oktober herausgegebenes „Blatt der Deutschen Bürgerinitiative“ – „Der Wind schlägt um!“ bekannt. In diesem Blatt heißt es u. a. „Dieses verdammte System, das sich heuchlerisch Rechtsstaat nennt“, müsse geändert und die „barbarischen Behörden notfalls durch den geballten Volkszorn hinweggefegt werden“.

Das demokratische System wird als „ständige Auslese zum Schlechteren“ dargestellt (43. Brief) und die Bundesregierung als „Verfassungsfeind“ bezeichnet (49. Brief). Ministerpräsidenten sind „Marionetten im Kräftespiel von Riesenkonzernen“ (44. Brief) und Urteile gegen Roeder „Terrorurteile“ (48. Brief).

Zum Schicksal des Generalbundesanwalts Buback äußerte Roeder in seinem 46. Brief: „Buback hat nicht nur mich und andere Patrioten verfolgt, sondern zweierlei Recht geduldet. Hunderte von unschuldigen Soldaten hielt er hinter Gittern und betrieb ungezählte neue Verfahren. Es gibt kein Mitleid für die, die deutsche Soldaten und Patrioten verfolgen! Nun liegt der, der uns zur Strecke bringen wollte, unter der Erde. Die Entwicklung hat ihn eingeholt.“

Im Zusammenhang mit der Judenvernichtung im 3. Reich wird von der „6-Millionen-Lüge“ gesprochen (46. Brief).

Die Aktivitäten Roeders reichten von seinen monatlichen Freundestreffen mit jeweils ca. 50 Anhängern auf dem „Reichshof“ in Schwarzenborn bis zu gewaltsamen Aktionen in der Öffentlichkeit.

Wegen „linker Tendenzen“ wurde von ihm bzw. seinen Anhängern die Theateraufführung „Sie nannten ihn Leo“ am 23. März in Uelzen und am 28. April im Deutschen Schauspielhaus in Hamburg gestört. Gegen die Inhaftierung von Rudolf Hess demonstrierte er am 10. Mai mit etwa 20 Anhängern vor der Britischen Botschaft in Bonn. Etwa 50 Anhänger legten am 16. Oktober vor dem Justizgebäude in Nürnberg zum „Gedenken an die Opfer der Nachkriegsjustiz“ einen Kranz nieder.

Roeder pflegte 1977, wie auch in den Vorjahren, Kontakte zu ausländischen Gesinnungsfreunden. Er reiste u. a. mehrere Tage nach England, um dort die „National Front“ zu besuchen.

Zahlreiche gegen Roeder eingeleitete Gerichtsverfahren fanden 1977 durch Verurteilungen zu Geld- bzw. Freiheitsstrafen ihren Abschluß. Eine Verurteilung durch das Landgericht Flensburg zu einer 6monatigen Freiheitsstrafe wurde rechtskräftig.

Weitere Verfahren sind anhängig. So hat der Generalbundesanwalt gegen Roeder Anklage wegen versuchter Nötigung von Verfassungsorganen, Verunglimpfung des Staates u. a. erhoben. Das Oberlandesgericht Frankfurt am Main hat das Hauptverfahren mit Beschluß vom 10. März 1977 eröffnet und die Anklage zur Hauptverhandlung zugelassen.

Der Kampfbund Deutscher Soldaten (KDS), der in den vergangenen Jahren an verschiedenen Aktionen Roeders beteiligt war, hat 1977 erheblich an Bedeutung verloren. Sein Leiter, Erwin Schönborn, Frankfurt am Main, gründete im Oktober 1977 die „Aktionsgemeinschaft Nationales Europa“ (ANE). Die ANE sieht

Der pöbel

heute aktuell:

Alarm!
mit dem Raub und Mordge-
del. Dann sind wir Jungen Na-
tionaldemokraten (JN) bereit.
Chiliegasse in Wies-
deutschland! Raub, Mord, kom-
munistischer Terror an der 1.
Junge Nationaldemo-
kration, Holzstraße 49,
8000 München 5.

Bonner

Einheitsbrei
Boon - Metropole der abge-
schiedenen Diplomatenfröde,
in der 7. Legislaturperiode 1971-
1976 beschloß der Bundestag 316
Gesetze, davon 93,6 % (= 483)
entsprachen der Bonner System-
entstehung. Die Bonner System-
entstehung stecken unter aber Dek-
ke. Die derzeitige Pleienpolitik
sind von allen Kleinern
gefragt.



Zahlungen an UNO und andere
internationale Organisationen:
200 und 3 Milliarden DM jährlich;
200 Millionen DM für die 12 Mil-
liarden Mark des Bonner Bank-
den DM. Jedes Jahr Unfrucht-
ergeren: Besonders die deutsche
Jugend hat es seit den Zahlen-
stier der Welt zu spielen!



Zerschlag
den Kommunismus!
Zerschmettert
die Welt-Hochfinanz!

MASSENMORD

Rauschgift - Mafia

schlägt zu

Die Pest geht um in Deutschland. Diesmal ist es je-
doch nicht die Beulen- oder Lungenpest, sondern die
Rauschgift-Pest. Immer mehr junge Westdeutsche ver-
fallen der Volksverderber Rauschgift. Und einige inter-
nationale Bese der Rauschgift-Mafia machen einen
Riesen-Erfolg.
Im letzten Jahr wurden nach offiziellen Angaben 325
junge Deutsche durch Rauschgift ermordet. Die Dun-
kelziffer liegt viel höher.
Hunderttausende sind süchtig.
Die Zedde zahlt das schaffende den Mark (500 000 000 000) zu-
machend.

Die Belandung und - wenn
möglich - Wiedereingliederung
eines Suchtlingen kostet die Ge-
sellschaft rund 1 Million DM.
Bei derzeit 500 000 Süchtigen
würde das fünf Milliarden Mil-
liarden Mark kosten.



WIE JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN
KAMPFEN gegen den
materiellen Ungeist - für
das Volksgewissen!

Massenflucht vor Kommunismus

Seit Ende der Zweiten Weltke-
ren sind mehr als 26 Millionen
Menschen aus dem kommunisti-
schen Machtbereich geflohen.
Über 17 Millionen in Europa, 9
Millionen in Asien und eine
halbe Million aus Kuba.



Letzte Meldung:

Betrübliche Zustände von vor-
fassungsrechtlichen Machenschaften
der Bonner Bonzen!
NPD-Vorstand hat beschließen:
Sävernde Strafen für die Bor-
verschwörungliche Unfrucht der
gültig-Mafia wegen behinder-
ten Massenmordes.

Rhein-Main Aktuell

JUGENDZEITSCHRIFT Jhr. 1. Folge 1978

SELBSTBESTIMMUNGSRECHT

Deutschland darf nicht länger ein geistiges
KZ der Grossmächte sein. Kämpft mit uns
für ein freies unabhängiges neuvereintes
Deutschland.



JUNGE
NATIONALDEMOKRATEN (JN)



Deutsche Bürgerinitiative e.V.

Postfachkonto: Frankfurt-M. DBI 103 55-000
 Raiffeisenbank 3579 Neukirchen (Schweinf.-Eder)
 (BLZ 520 600 74) Konto Nr. 6 104 185
 Commerzbank Bensheim Konto Nr. 6 304 388 DBI
 Debit: Postbank, Wien, M. Roedl - 2380 120

Liebe Freunde,

Ein „Reichstag“ in Regensburg

melden die bayerischen Zeitungen vom 23. Mai, darunter der Münchner Merkur und die Regensburger Mittelsbayerische Zeitung. Andere Schlagzeilen lauten:

Rudolf Heß ist ihre Symbolfigur

„Freiheitsbewegung Deutsches Reich“ hielt „Reichstag“ in Regensburg ab

Abgesehen von den üblichen Hinweisen auf Nazis und Ewig-Gestrigle folgen dann ziemlich nüchterne Tatsachenberichte wie der aus den Nürnberger Nachrichten. Nur die kommunistische (Deutsche) Volkszeitung kommt mit der altbekannten Lügenhetze von den Nazis mit „Totschlägern und Hitlerfahnen“, weswegen wir sie noch belangen werden, denn die Polizei stand friedlich daneben und war beeindruckt von unserer Disziplin und anständigen Haltung.

Anscheinend haben gewisse Heißer des pathologischen Bedürfnis, immer wieder zu unterstreichen, daß sie die Erfinder des Kommunismus und der Grauspropaganda sind. Denn nur die jüdische Wochenzeitung bringt in seltener Übereinstimmung dieselben Lügen wie die kommunistische Revolverpresse und fügt noch Schlagringe und chemische Keulen hinzu, die wir vor der Polizei getragen haben sollen.

Ist es ein Wunder, wenn die Verlogenheit der jüdischen Presse geradezu sprichwörtlich geworden ist?

Der Reichstag war ein gewaltiger Erfolg. Vor allem die verwirrte Linke, die im Augenblick gar keine klare Linie und Strategie hat, sorgte für Aufmerksamkeit. Bereits zwei Tage vorher richtete eine sog. „demokratische Front“ einen offenen Brief an den Oberbürgermeister, den Reichstag zu unterbinden. Anscheinend hatte der OB gerade anderes zu tun. Er hat sich erst hinterher ausführlich mit der ganzen Sache beschäftigt. Er rief Stadtrat, Ordnungsamt und Polizei mit der Presse zusammen und erörterte den „schwerwiegenden Fall“, daß ein Reichstag zu Regensburg im Jahre 1977 abgehalten werden konnte, wo es doch schon über 60 Reichstage und Reichsversammlungen und 154 Jahre lang einen „Immerwährenden Reichstag“ gegeben hat. Die ersten Reichsversammlungen fanden unter Karl dem Großen dort statt!

Sinn unserer alljährlichen Reichsversammlung ist es, in Angelegenheiten des Reiches die Stimme zu erheben, solange es keine Reichsregierung und keine Stelle gibt, die für das ganze Deutschland sprechen könnte. In zwei scharfen Resolutionen wurde die Gesetzgebung und die die Wahlen zum sog. Europaparlament verurteilt. Jeder Integration in einen westlichen oder östlichen Block weicht den Zusammenschluß aller Deutschen in einem Deutschen Reich unmöglich und ist daher Verstoß an Reich und Volk. Der Reichstag lehnt jede Integration ab und fordert zuerst die Wiedervereinigung des Deutschen Reiches in seinen geschichtlichen Grenzen und Siedlungsräumen. Wer uns dabei nicht unterstützt, ist unser Feind! Keiner niemals unser Verbündeter sein. NATO und EG können dem Reich niemals nützen, sondern ihm nur schaden.

Das Blatt der Deutschen Bürgerinitiative

Oktober 1977

Nr. 1

Terror über Deutschland – und Hoffnung

Was soll das ganze Gerede über den Terror? Der Fall ist doch klar.

Wer Wind sät, wird Sturm ernten!

Wer 30 Jahre lang alle ideale systematisch zerstört, erntet Anarchie!

Wer 30 Jahre lang die Jugend gegen die Eltern aufhetzt, erntet Rebellion!

Wer in der Jugend selber Selbstmordtäter war, wie Brandt und Wehner, kann im Alter nicht Staatsräson verlangen!

Wer 30 Jahre nach dem Krieg noch italienische Partisanen verherrlicht (wie im Fall Kappler), erntet Partisanen im eigenen Land!

Wer den Bombenterror der demokratischen RAF (Royal Air Force) gegen wehrlose Frauen und Kinder billigt, erntet den Terror der RAF (Rote Armee Fraktion) gegen demokratische Funktionäre!

Wer für den Sieg der demokratischen Idee bereit war, Verrat und Terror gegen den deutschen Landser auszuüben (wie die Herren des 20. Juli), erntet Terror gegen die eigenen „Ordnungshüter“!

Wer seine offene Genugtuung über den Mord an Sturmbannführer Peiper zeigt, braucht sich über die „klammheimliche Freude“ an anderen Morden nicht zu wundern.

Und mit welchem Recht kann sich eine Regierung über Terrorismus beklagen, die selber Terroristen in Afrika finanziert?

Hier vollzieht sich eine zwangsläufige Entwicklung nach dem ehernen Gesetz von Ursache und Wirkung.

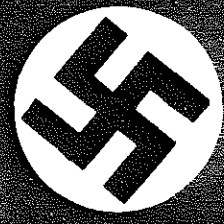
Wer Wind sät, wird Sturm ernten!

Terroristen fallen auch nicht vom Himmel, sie entwickeln sich aus der Gesellschaft, die sie umgibt. Warum? Weil sie eine Gesellschaft als unerträglich empfinden, die der krasse Materialismus und Egoismus auf ihre Fahne geschrieben hat, die sich beschränkt an ihren Phrasen von Rechtsstaat, Menschenwürde und Demokratie und dabei im Unrecht von Korruption untergeht.

Nach 30 Jahren Unterdrückung gibt es eben keine gemeinsamen Werte mehr, an die man anknüpfen kann. Der Terror ist die Quittung für das totale Versagen ein ganz einfaches Mittel, den Terrorismus abzuschaffen: Schluß mit der Diktatur von Parteien und internationalen Wirtschaftsbossen, Schluß mit Besatzungsrecht und Besatzungstruppen! Schluß mit dem Gerede von Rechtsstaat und freiheitlich demokratischer Grundordnung. Gebt dem Bürger endlich vollkommene Selbstbestimmung und Selbstverwaltung!



SEIT 31 TAGE
GEFANGEN



**KAUFT NICHT
BEI JUDEN!**

NSDAP
AUSLANDSORGANISATION
Box 6414, Lincoln, NB. 68508 USA



NS KAMPFRUF

KAMPFSCHRIFT DER NATIONALSOZIALISTISCHEN
DEUTSCHEN ARBEITERPARTEI — AUSLANDSORGANISATION

NUMMER 21

FRUEHLING 1977

Frontbesuch 1977

von Gerhard Lauck

Am 15. März 1977 verließ ich Amerika ohne Frontbesuch in Europa, der für mich ein Monat dauerte. In dieser wurde mein Elternteil in England von "Horse Secretary" selbst zweimal un-
gesehen. Zweimal in England und einmal in
Belgien wurde ich "vorläufig
verhaftet". In Belgien "besuchte"
die Polizei 3-4 Male und begibt mich
nicht "inoffiziell" zum Flughafen in
Belgien, ohne mich zu erfahren, ob
ich nach Belgien gefahren war, um die
Kirchen anzusehen. Vorhermal
wurde Capuchin durchsucht (auch in
England und Amerika). Eine rechtser-
füllte "Verhaftung" des Vorhaben der
mich in Paris zu verhaften, wo ich
erwartet mit Journalisten haben soll-
ten. In Dänemark gleich die po-
lizeiarbeit eines James Bond
stufen. Am ersten einzigen Abend
wurde der deutsche Grenz-
dienst zwölf Autor eingesetzt. Bei
schlechten Spitzbergen im Wald
die Polizei sogar Hunde mit-
brachte (die Vierbeiner). Der
deutsche Verfassungsschutz war in
ihre sehr auffällig. Da aber
keine "Freiwillige" Demo-
stration, wurde kein NS-Mann festge-
nommen. Der Vorbehalt... die be-
sonnen war, um mich an der Grenze
"deutschen" Behörden verhaften
was ihnen aber nicht gelang.
Auf der Fahrt auf deutschen
Haut. Ein symbolischer Sieg über
den ganzen Monat war ich wenige
in in Zellen.
In reichsdeutschen Kame-
rader, die anderen arbeits-
gruppen und ich war aus-
gewählt. Vom Vaterland des National-
sozialismus zur Verfügung stellen, war
auch dieser Frontbesuch erfolgreich. Sie
waren meine Augen und Ohren und
Hörte. Sie haben mich bei den Dingen,
die ich persönlich wegen der in-
ternen Beschäftigung westlicher Poli-
tizisten mit meiner Weisheit nicht tun
konnte.

Als ich nach Amerika abflug wusste ich,
dass die Zellen Material für Frühling
sagen bzw. haben werden, und dass die
Organisation man "versteht" werden
geworden war. Die Details dieser
Vorbereitungsarbeit konnten natürlich
nicht veröffentlicht werden, aber ihre
Folgen werden in der Zukunft —
besonders für unsere Gegner — spürbar
werden.

Die Vergeltung

Dieser Artikel verfasste ein Alter
Kämpfer der NSDAP, der heute noch in
den Reihen der NSDAP-AO weiter-
kämpft. Wir danken ihm!

An einem späten Nachmittag kam ein
HJ-Junge aufgeregter vom Laufen ohne
Atem und schrie: Alarm!!! Die Kommune
hat unsere jungen reitlos kaputt in der
Straße wo das kommunistische anfangt.
Die HJ-Jungen hatten den Auftrag, Wer-
beteile und Zeitungen auf der Straße
und in Lokalen und Geschäften zu
verteilen. Sie sollten aber nicht das Kom-
munisten betreten, denn das blieb der

Die Strategische Grundlage der NSDAP-AO

Dieser Artikel ist ein Auszug aus dem Buchlein **DIE STRATEGIE DER NSDAP AUSLANDSORGANISATION**, das der Leiter der NSDAP-AO, Gerhard Lauck, während seiner Gefangenschaft in Deutschland im Jahre 1976 verfasste. Das ganze Buchlein soll später in der Form einer Broschüre erscheinen.

Bekennnis zum Nationalsozialismus

Die NSDAP-AO anerkennt die Richtig-
keit und absolute Unverletzlichkeit des Na-
tionalsozialismus. Die unerbittliche Not
einer geschichtlichen Kontinuität er-
fordert die ständige Bejahung des Dritten
Reiches und der Fortsetzung des Werkes
des Führers. Nur dieses vermag den
eigenen Willen zum entschlossenen
Kampf gegen den drohenden Untergang
des Arierums in deutschen Völkern wieder
zu erwecken und zu erhalten.

Die NSDAP-AO bekennt sich deshalb
eindeutig zum Nationalsozialismus, zu
dem Führer Adolf Hitler und zu dem NS-
Freiheitskampf um Deutschland. "Mein
Kampf" gilt als die Grundlage der NS-
Ideologie.

Da jede "Frontorganisation", "Infiltra-
tion", "parasitäre Bildung" oder gar
"parlamentarische Opposition" NS-
Untergrundkampf vertritt.

Untergrundkampf mittels Propagandamaterials

Ein Untergrundkampf kann vorwie-
gend friedlich mit Propagandamaterialien
geführt werden. Vom Anfang an hat die NSDAP-AO den
propagandistischen Untergrundkampf
verkorper. Die Erkenntnisse, die diese

Entscheidung bestimmen, sind:

1. Wenn der Führer im Jahre 1923 die
schweren, vom national eingestellten
Völkern bedrohten gebaute Weimarer
Republik mit seinen SA-Kolonnen nicht
erschlagen konnte, haben wir heute keine
Aussichten, das verheerendste starke
Reich mit unseren viel ge-
ringeren Mitteln gewaltsam zu stürzen.

2. Die NS-Bewegung hat nur dann die
geringste Hoffnung in ihrem schweren
Kampf gegen diesen mächtigeren
Gegner, wenn sie zuerst die Stoppuhr
und dann in steigendem Maße das Herz
und die aktive Unterstützung des Volkes
zu gewinnen vermag. Das Volk leidet aber
den Terrorismus erlebenden ab.

Die Tatsache, dass die Kommunisten
den Terror anscheinend mit Erfolg
anwenden, darf uns Nationalsozialisten
nicht irreführen.

In taktischer Hinsicht sind sie gewiss
erfolgreich. Doch haben sie Vorteile, die
uns fast gänzlich fehlen, so etwa die aktive
Unterstützung fremder Regierungen, die
den Terroristen mit Auslandszentralen,
Fluchthöhlen, Flanzen, Waffen,
Ausbildung, nachrichtendienstlicher Hilfe
u.ä. besorgen. Ohne diese müssten wir
überleben, aber ein konsequenter Terror-
kampf — d.h. andauernd, systematisch und
koordiniert — mit dem Sieg gekrönt
werden könnte.

In strategischer Hinsicht haben die Kom-
munisten auch andere Zielsetzungen. Sie
kämpfen nicht nur das Volk, sondern
auch die Zerstörung jeglicher
Ordnung im Lande, damit sie in dem
drauf folgenden Chaos als gut
organisierte, vom Ausland geführte
Bewegung — zusammen mit ihren Helfern
im Staat, die diesen planmäßig und
zielbewusst untergraben — eine kommu-
nistische Diktatur errichten können.
Dazu brauchen sie weder die passive Sympa-
thie noch die aktive Unterstützung des
Volkes. Ja, diese ist sogar undenkbar.
Deshalb richtet sich der rote Terror —
inwiefern er das Volk direkt statt den Staat
betrifft — nicht auf seine Gewinnung,
sondern vielmehr auf seine Abschreckung
vom Widerstand.

Dieser strategische Unterschied
zwischen der kommunistischen Bewe-
gung und der nationalsozialistischen ist
hier entscheidend. Ihre Vor- und Nach-
teile, und daher auch ihre Bodenfesten,
sind ganz anders. Der Terrorismus ent-
spricht der Erfüllung eines Bedürfnisses
der kommunistischen Bewegung, steht
aber in grobem Widerspruch zu der der
Bedürfnisse der nationalsozialistischen
Bewegung.

Der Kommunismus ist ein Phänomen
der Erkrankung und des Unterganges eines
Völkerkörpers und stützt sich auf Terror,
Haß und Unterdrückung. Der
Nationalsozialismus ist dagegen eine
schöpferische, volkserneuernde Kraft der
Wiedergeburt und ist ohne die
leidenschaftliche Liebe und Bejahung des
Volkes unvorstellbar und unmöglich.

Das Messen des Raubmoorders un-
terscheidet sich wesentlich von dem des



Nur die U-
deutschen

**KAMPF DEN
JUDENPARTEIEN
KPD SPD CDU CSU FDP**

HERAUSGEBER: NSDAP AUSLANDSORGANISATION
BOX 6414, LINCOLN, NEBR. 68508 USA

**Schluss mit den Besatzungszuständen!
NS-VERBOT
AUFHEBEN!**

HERAUSGEBER: NSDAP AUSLANDSORGANISATION
BOX 6414, LINCOLN, NEBR. 68508 USA

**Jetzt
NSDAP!**

NSDAP
Auslandsorganisation
14 LINCOLN, Nebraska USA
68508

**ROTFRONT
VERRECKE!**

NSDAP
AUSLANDSORGANISATION
Box 6414, Lincoln, NB. 68508 USA

Hakenkreuzaktionen



sich als Sammlungsbewegung aller nationalen und konstruktiven Kräfte, um für die Direktwahlen zum Europaparlament den „etablierten, destruktiven und kommunistischen“ Parteien der Bundesrepublik Deutschland eine „einzige Liste“ entgegenzusetzen. Ein für den 17. Dezember in Frankfurt am Main vorgesehener sogenannter „Auschwitz-Kongreß“ der ANE wurde mit Verfügung des Ordnungsamtes der Stadt Frankfurt am Main vom 7. Dezember 1977 verboten.

Ausschreitungen aus rechtsextremistischen Beweggründen

Im Jahre 1977 wurden in Hessen 61 Ausschreitungen aus rechtsextremistischen Motiven erfaßt. In der Hauptsache handelte es sich hier um Hakenkreuzschmierereien sowie das Kleben von Hakenkreuzplakaten und -klebezetteln, zum Teil mit antisemitischen Äußerungen. Meistens wurde Material der NSDAP-Auslandsorganisation (NSDAP-AO) des Deutsch-Amerikaners Gary Rex Lauck aus Lincoln/Nebraska (USA) benutzt. Lauck versendet außer dem Propagandamaterial vierteljährlich das Publikationsorgan „NS-Kampfruf“ an seine Anhänger in der Bundesrepublik Deutschland.

Hakenkreuzfahnen wurden am 16. Januar und 16. Juli in Frankfurt am Main, am 26. Juni in Dreieich und am 9. November in Dieburg an hervorgehobenen Punkten gehißt.

Der für seine rechtsextremistischen Aktionen bekannte Henry Beier, Frankfurt am Main, wurde am 17. April beim Kleben von Hakenkreuzplakaten angetroffen und vorübergehend festgenommen. Bei einer anschließend durchgeführten Wohnungsdurchsuchung konnte eine größere Anzahl nationalsozialistischer Propagandadruckschriften sichergestellt werden. Gegen Beier wurde ein Ermittlungsverfahren eingeleitet.

Beurteilung

Der Rechtsextremismus stellt zur Zeit und für die nähere Zukunft keine Gefahr für die freiheitliche demokratische Grundordnung in der Bundesrepublik Deutschland dar. Mißerfolge bei den Wahlen in den letzten Jahren und die geringe und abnehmende Zahl von Mitgliedern zeigen die Bedeutungslosigkeit der NPD. Auch ihre Funktionäre geben zu, daß die Partei als Wahlpartei am Ende ist. Mit einer Trendwende ist nicht zu rechnen, da sowohl ein politisches Alternativprogramm als auch geeignete Führungspersönlichkeiten fehlen.

Die Erfahrungen der Vergangenheit und der Auftrag des Grundgesetzes machen jedoch eine sorgfältige Beobachtung der rechtsextremistischen Bestrebungen durch den Verfassungsschutz notwendig. Besondere Beachtung finden hierbei die neonazistischen

Gruppierungen, da sie trotz ihrer geringen Anhänger-schaft im besonderen Maße geeignet sind, durch ihre Aktionen dem Ansehen der Bundesrepublik Deutschland zu schaden.

Linksextremistische Bestrebungen

Die „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP), die den orthodoxen, sowjetisch-orientierten Kommunismus vertritt, ist mit ihren Nebenorganisationen „Marxistischer Studentenbund Spartakus“ (MSB), „Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend“ (SDAJ), „Junge Pioniere“ (JP) und den von ihr beeinflussten Organisationen weiterhin der bedeutendste Faktor linksextremistischer Bestrebungen in der Bundesrepublik Deutschland. Die DKP konnte ihre Anhängerschaft durch gezielte Werbekampagnen im letzten Jahr geringfügig vergrößern.

Nach der DKP sind in Hessen maoistisch-kommunistische Parteien und Verbände im linksextremen Lager am stärksten vertreten. Diese Gruppierungen zählen mit trotzkistischen, anarchistischen oder sogenannten undogmatischen Gruppen zur „neuen Linken“, die trotz aller ideologischen Differenzen in der Ablehnung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung übereinstimmt. Sie wollen das gesellschaftliche System der Bundesrepublik Deutschland revolutionär beseitigen und bejahen dazu auch den bewaffneten Kampf. Teilweise traten diese Gruppierungen, hier insbesondere der „Kommunistische Bund Westdeutschland“ (KBW), 1977 bei Demonstrationen und Aktionen gewalttätig auf. Übereinstimmend lehnen sie auch den moskau-orientierten orthodoxen Kommunismus, vertreten durch die DKP und ihre Nebenorganisationen, ab und bekämpfen ihn.

An der Kommunalwahl am 20. März nahmen von den linksextremistischen Parteien nur die DKP und der KBW teil. Die DKP hatte in den 6 kreisfreien Städten und 20 Landkreisen, dem Umlandverband Frankfurt sowie in 50 Gemeinden und 34 Ortsbezirken eigene Listen aufgestellt. Sie erzielte mit insgesamt 35 135 Stimmen (1,16 %) ihr bisher bestes Wahlergebnis, in 8 Gemeindeparlamenten errang sie 24 Mandate und ein weiteres Mandat über die Liste einer Wählergemeinschaft. Der KBW erzielte in den kreisfreien Städten 5297 (0,1 %) und im Umlandverband Frankfurt 2067 (0,3 %) Stimmen.

Der Terrorismus erreichte 1977 in der Bundesrepublik Deutschland einen neuen Höhepunkt. Schwerste Gewalttaten ziehen sich durch das gesamte Jahr:

7. April

Mord an Generalbundesanwalt Buback in Karlsruhe und zwei Begleitern.

30. Juli

Der Vorstandssprecher der Dresdner Bank, Jürgen Ponto, wird in Oberursel (Taunus) bei einem mißglückten Entführungsversuch ermordet.

25. August

Versuchter Raketenanschlag auf das Gebäude der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe.

5. September

Hanns Martin Schleyer wird in Köln entführt. Bei der Geiselnahme werden vier Sicherheitsbeamte ermordet.

18. Oktober

Hanns Martin Schleyer wird von den Terroristen ermordet.

Alle Gewalttaten zeigten eine erhebliche kriminelle Energie der Täter und gegenüber früheren Anschlägen der „Roten Armee Fraktion“ und anderer Terrorgruppen eine weitere Steigerung der Brutalität. Die Fahndungsarbeit aller Sicherheitsbehörden machte deutlich, daß das Operationsfeld der Terroristen fast das gesamte westeuropäische Ausland umfaßt. Spuren führten u. a. nach Holland, Frankreich, Österreich und in die Schweiz. Auch dort waren deutsche Terroristen an Gewalttaten beteiligt.

Bei ihren Aktionen können die Terrorgruppen mit einem festen Unterstützerkreis rechnen, der ihnen propagandistisch und bei ihren logistischen Vorbereitungen hilft. Von dort werden auch Personen für die Arbeit im Untergrund angeworben. Unterstützergruppen bestehen im gesamten Bundesgebiet, auch in Hessen.

Die Selbstmorde von Baader, Ensslin und Raspe am 18. Oktober in der Justizvollzugsanstalt Stuttgart-Stammheim standen offensichtlich in engem Zusammenhang mit der vergeblichen Erpressung der Bundesregierung im Fall Schleyer und bei der Entführung einer Verkehrsmaschine der Lufthansa nach Mogadischu. Als die Kernmitglieder der „Roten Armee Fraktion“ ihre Befreiungspläne als gescheitert ansehen mußten, nahmen sie sich das Leben.

Orthodoxe Kommunisten

Deutsche Kommunistische Partei (DKP)

Die DKP bekennt sich offen zum Marxismus-Leninismus und zu den Organisationsprinzipien kommunistischer Parteien. Als revolutionäre Kampfpartei will sie die Arbeiterklasse vom Kampf für ihre unmittelbaren sozialen und politischen Interessen über das Ringen für eine antimonopolistische Demokratie an den Kampf um den Sozialismus heranzuführen. Zur Erreichung dieser Ziele strebt sie ein Bündnis aller antimonopolistischen Kräfte an, dessen Kern die Aktionseinheit der Arbeiterklasse sein soll. Die DKP bejaht die „revolutionäre Gewalt“. Sie erstrebt eine sozialistische Revolution ohne Bürgerkrieg, rechnet jedoch mit dem „unvermeidlichen Widerstand des Großkapitals“.

Das Grundmodell des zu erkämpfenden Sozialismus sieht die DKP in den Ländern der sozialistischen Staatengemeinschaft verwirklicht. In allen ideologischen und politischen Fragen folgt sie kritiklos der Linie der

Für Probleme der Gesellschaft, Wirtschaft und Politik
Frankfurt am Main, 15. Jahrgang
Juli/August 1977 4,-

„UZ“ unsere Zeit

Die Zeitung der arbeitenden Menschen — Zeitung der DKP
Montag, den 21. November 1977
9. Jahrgang Nr. 269

- Monopol
- EG-Auße
- Sozialistis
- Wanderarbeiter
- „Europa-Parlament
- Kommunisten und S
- Das neue Arbeitsgeset

Partei vorstandsbeschluss der DKP auf seiner Tagung am Wochenende: DKP-Parteitag '78 nach Mannheim einberufen

Appell: Demokratische Rechte und Arbeitsplätze gemeinsam verteidigen
Düsseldorf. UZ — Auf Vorschlag des Parteivorstandes hat der Parteitag der DKP am Wochenende in Düsseldorf seinen 7. Tagung am vergangenen Wochenende beschlossen, den nächsten Parteitag am 22. Oktober 1978 in Mannheim einzuberufen. Im Mittelpunkt der Vorbereitung des Parteitages wird die Diskussion des Programmwerkes in Verbindung mit allseitigen Aktivitäten zur Vertretung der Lebensinteressen der arbeitenden Menschen stehen.

Entwurf des DKP-Programms verabschiedet

Herbert Mies auf der 7. Tagung des Parteivorstandes der DKP
Ehrliche Antworten auf die Fragen
In einer Zeit, in der viele Menschen unseres Landes nach Antwort darauf suchen, wohin sich die Bundesrepublik entwickeln soll, legt die DKP als Partei der Arbeiterklasse den Entwurf ihres Programms vor. Es ist am vergangenen Wochenende vom Parteivorstand der DKP auf seiner Tagung verabschiedet worden.
Die Erarbeitung eines Parteiprogramms war ein Auftrag des Bonner Parteitages der DKP vom März 1976. Das Programm soll nun auf dem nächsten Parteitag beschlossen werden.
Der DKP-Vorsitzende Herbert Mies, der zugleich Leiter der Programmkommission ist, die den Entwurf formulierte, hielt eine Rede zur Vorstellung des Entwurfs.
So unterliegt dabei, daß der vorliegende Programm-entwurf in der kontinuier-lichen Fortentwicklung der DKP steht und auf Erfahrungen beruht, die von der Partei in fast einem Jahrzehnt in fast jedem Jahr in Arbeit und Kampf gesammelt worden sind. Der Entwurf bringt den Willen der DKP zum Ausdruck, eine grundlegende

DKP REPORT Nov. 77

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei

Solidarität

Es geht um jedes Arbeitsplatz

Sozialismus konkret

Ein Report Heft 4



Streiks, Demonstrationen, Fackelzüge an der Saar, am Niederrhein, in Schleswig-Holstein, in Bremen und Speyer. Die Arbeiter von Großbetrieben setzen Zeichen gegen den Abbau von Arbeitsplätzen und gegen Betriebsstillegungen. Kampfschritte. So in den Stahlwerken Röchling-Burbach, bei Thyssen in Duisburg, bei VFW in Bremen und Speyer, bei VAW in Neumünster.

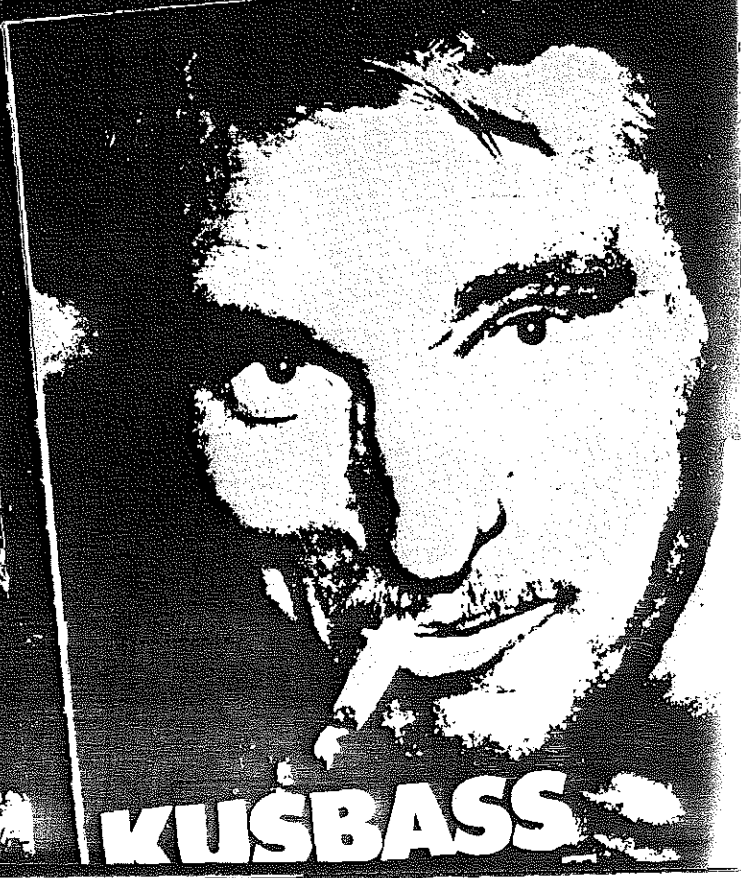
Diese Aktionen führen einen Winter ein, in dem es für Arbeiter und Angestellte und ihre Gewerkschaften um zwei Lebensfragen geht: Verteidigung der Arbeitsplätze und Kampf um höhere Löhne und Gehälter.

Die DKP hat mit ihrer „Solidaritätsaktion Recht auf Arbeit“ klare Positionen bezogen: Solidarität mit allen Beschäftigten, die ihre Arbeitsplätze verteidigen. Solidarität mit den lernenden und arbeitenden Jugend, die in großen Massenkämpfen für bessere Bildungs- und Ausbildungschancen kämpfen. Solidarität mit den Gewerkschaften, die um höhere Löhne und Gehälter kämpfen.

Arbeiterrechte im Sozialismus
Wo das Recht auf Arbeit Verfassungs-wirklichkeit ist!

Jugend Aktion

Doch statt der vom Kapital erhofften Stille ziehen Sturmzeichen auf. Denn es geht für Millionen arbeitender Menschen um lebenswichtige Fragen. Es geht um den Erhalt der Arbeitsplätze, es geht um die Verteidigung demokratischer Grundrechte und Freiheiten, es geht um soziale Absicherung.



KUSBASS

DER SERVICE WIRD IMMER SCHLECHTER - JETZT ERHÖHT DIE OEG AUCH NOCH DIE PREISE

Geriet die OEG in der letzten Zeit immer mehr in den Blickpunkt der Öffentlichkeit, weil sie den Service immer mehr verschlechterte, so leistete sie sich zum 1.1.1977 das größte Gaunersstück: Preiserhöhung!
Nicht funktionierende Automaten, die überhaupt kein Wechselgeld mehr herausgeben, die aber oft auch keine Fahrkarten auswerfen, riefen zunächst die Empörung vieler Mitfahrer hervor, die dann noch erhöhtes Fahrgeld beim Zugführer zahlen mußten. Zusätzlich wurde Personal eingespart. Durch die Schließung des OEG-Bahnhofs in Viernheim erreichte die Verschlechterung des Services für unsere weit über 30.000 Einwohner zählende Stadt ihren gegenwärtigen Höhepunkt.

wurden und werden, als auch gegen die Benutzer, die trotz der immer schlechter werdenden Leistungen immer mehr zahlen müssen.
Die DKP-Viernheim fordert die Rücknahme dieser Maßnahmen
Die DKP-Viernheim protestiert ener-

gisch gegen die Preiserhöhungen und fordert die Rücknahme dieser unsocialen Maßnahmen.
Gleichzeitig treten wir für die Wiedereröffnung des Bahnhofs Viernheim und dadurch für die Neueinrichtung der hier zu benötigten Arbeitsplätze, sowie für die Rücknahme der anderen Verschlechterungen des Services der OEG ein.



Und jetzt die Preiserhöhung, die sich vor allem für diejenigen auswirkt, die mehr oder weniger abhängig von der OEG sind: die Benutzer von Wochen- und Monatsfahrkarten. Sie müssen jetzt 5,6 Prozent mehr als bisher zahlen! Aber auch alle anderen Tarife wurden um fast fünf Prozent teurer.
Einsparungen und Einsparungen...



konsequent

Stimme der DKP für Goldstein

November 1977

Solidaritätspreis 10 P

Brauchen wir ATOMKRAFTWERKE?

Seit Monaten läuft die Panikmache. „Die Lichter gehen aus“, heißt es, eine Energiekrise drohe und, falls das Atomprogramm nicht verwirklicht werde, gehen wiederum viele Arbeitsplätze verloren, da die industrielle Entwicklung mehr Energie brauche. Dieser Energiebedarf könne freilich nur noch durch Atomkraftwerke gedeckt werden.
Gerade die Bundesrepublik aber ist wie kein anderes westeuropäisches Land in der Lage, die Risiken der Kernenergie zu vermeiden. In unserem Land liegen riesige Stein- und Braunkohlevorräte. Wenn man nur die niedrigen Zahlen der geschätzten Vorkommen nimmt, so reichen sie für mehrere Jahrhunderte. Diese Energievorräte werden aber kaum genutzt.

In der Kernindustrie und in Kernkraftwerken anfallen, stehen in keinem Verhältnis zu der Zahl der Arbeitsplätze, die durch eine Steigerung der Kohleproduktion geschaffen werden können. Ohne Atomkraftwerke gehen die Lichter also nicht aus, und auch das Argument mit den Arbeitsplätzen zieht nicht.
Die Energiewirtschaft behauptet, Atomstrom sei billiger als der Strom aus Steinkohle oder Erdöl. Aber die Angaben des Bundeswirtschaftsministeriums sagen bereits für 1981 einen Gleichstand voraus. Dabei sind die Kosten für die Forschung und Entwicklung der Atomenergie noch nicht berechnet. Diese Kosten muß allerdings der Steuerzahler aufbringen, so daß er doppelt zur Kasse gebeten wird.
Mit bis jetzt über 20 Milliarden DM an...

Die angebliche Energiekrise, die es mit Kernenergie zu stopfen gilt, ist nur ein Vorwand, um den Einsatz riesiger finanzieller Mittel für Kernenergie zu rechtfertigen. Tatsächlich wird der Bau von Atomkraftwerken ohne Rücksicht auf ausreichende Sicherheit für die Bevölkerung vorangetrieben, um international zu den größten Atomkraftwerksproduzenten zu gehören. Die bundesdeutsche Atomindustrie und der Staat arbeiten dabei Hand in Hand. Der Export von Reaktoren bedeutet ein gewaltiges Geschäft und gleichzeitig ein großes Maß an internationalem politischem Einfluß.
Die sogenannte friedliche Nutzung der Kernenergie dient aber auch als Deckmantel für die Forschung und Entwicklung der Atomtechnologie im militärischen Bereich. So versucht die BRD unter Umgehung des Atomwaffenvertrages sich die Voraussetzungen für den Einsatz von Atomwaffen zu verschaffen.

Unser Standpunkt

Stimme der DKP Stadtteil Frankfurt-Sachsenhausen

APRIL/MAI 1977

Die Maintaler Kommunal Politik

für bessere ärztliche Versorgung

zentraler ärztlicher Notdienst mit Hintergründe...
...ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit.
...schon mehr als zwei Jahre her, daß ein Bürger...
...Arzt, der vielleicht noch hätte helfen können...
...Dank gab es viel Aufregung, und damals for...
...unsere ganze Stadt muß her.



Februar/März 1977

Zeitung der Maintal

Deutsche Kommunistische Partei (DKP)

Wie weiter nach den Wahlen?

Der Kreisvorstand Frankfurt der DKP dankt allen Wählerinnen und Wählern, die sich am 20. März für die Kandidaten der DKP entschieden haben.
Trotz verunsichernder Benachteiligungen vor allem durch Presse, Rundfunk und Fernsehen ist es der DKP gelungen, in Frankfurt Stimmen zu gewinnen und in einigen Stadtteilen be-
geachtliche Ergebnisse zu erzielen. Die vorordnungsversammlung einen Zu-
wachs von 800 Stimmen, bei den Wahl-
800 Stimmen, insgesamt stimmten
5.703 Bürger dieser Stadt für die DKP.
Dieses Ergebnis zeigt vom wachsenden Vertrauen der arbeitenden Men-
schen dieser Stadt in die Vertreter der DKP.

Der Abbau demokratischer Rechte und eine noch flüchtigere Abwälzung von Krisenlasten auf die Schultern der arbeitenden Menschen sein.
Wir Kommunisten teilen darum die Sorge zahlreicher sozialdemokratischer Genossen und Freunde über den Stim-
menzuwachs der CDU. Dieser wurde möglich, weil die SPD dem Druck der Rechtskräfte um Dräger und Wal-
mann nachgab und ihre Politik den In-
teressen des Großkapitals unterordne-
te.

- Warum Rudi Arndt gehen mußte
- Der Rücktritt von Rudi Arndt ist die logische Folge des schweren Stimmenverlustes der SPD bei den Kommunalwahlen.
 - Die Absicht Rudi Arndts, jetzt die Rolle des Oppositionsführers zu übernehmen, ist nur dann sinnvoll, wenn damit eine Neuorientierung der SPD-Kommunalpolitik verbunden wird. Opposition im Frankfurter Stadtparlament kann nur helfen, sich nicht länger den großen Kapitalgesellschaften unterzuordnen, nicht länger vor den Angriffen der Rechtskräfte um Dräger und Wallmann zurückweichen, nicht länger die Abwälzung von Krisenlasten auf die Abwählung der Bevölkerung zuzulassen.
 - Die DKP erklärt ihre Bereitschaft, mit den Sozialdemokraten dieser Stadt zusammenzuwirken, um die Stadt zu übernehmen.

Zugleich signalisiert die absolute Mehrheit für die von Walter Wallmann geführte CDU eine weitere Rechtsentwicklung in unserer Stadt. Die Folge dieses Wahlergebnisses wird...

marburger eecho



ZEITUNG DER DKP FÜR MARBURG

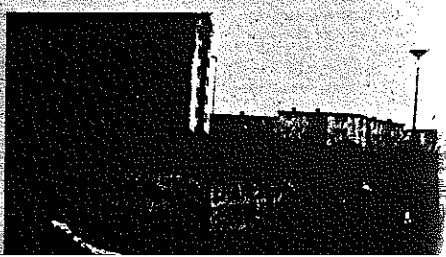
7. Jahrgang Nr. 20

22. Oktober 1977

Fünf Jahre DKP im Rathaus: Das hat für Marburg was gebracht!

DKP-Fraktion: Jetzt Partei ergreifen! DKP-Mitglied werden!

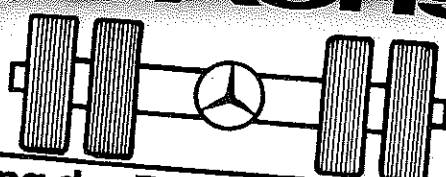
Am 22. Oktober sind es genau fünf Jahre her, daß mit Ullrich Stang und Eberhard Dähne nach 20 Jahren wieder Kommunisten in das Rathaus geschickt. In Marburg wie in mehr als 25 Städten und Gemeinden in der Bundesrepublik...



Für ein Gesundheitszentrum

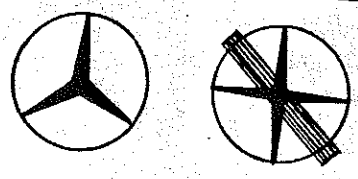
Die eigenständige gesundheitspolitische Diskussion in unserer Stadt droht unter Bezug auf das Hochschulland Krankenhaus sogenannte Konzeptionsplan im Sande zu verlaufen.
Wir Kommunisten sagen ganz deutlich: Gesundheit und Wohlfühlen der Bürger müssen Vorrang vor dem Profiten der Überfälligen Wartezimmer, „Wartebänke“ zu Fachkräften, Pflanzkübeln-Medizin...

ohne Berücksichtigung der sozialen Zusammenhänge - das sind eben einerseits angelegte Ge-
stalt und der fahelchen Pro-
gaben.
Zur Verbesserung der Ver-
hältnisse hat die DKP in ihrem politischen Programm ein
ein SOZIAL- UND GES-
ZENTRUM in Maintal vor-
sollen mehrere Fachkräfte
werden (Urologie, Orthopedie,
Mallat, Gynäkologie, Kind-
und Psychiatrie). Die
schon niedergelassenen Ar-
beitskräfte der Möglichkeit er-
möglichen, eine engmaschige
tationeller Möglichkeiten in
christliche Eingriffe, Labor-
sicherheit sollen die Mö-
glichkeiten, ohne die harte
Medizin nicht betrieben wird
Eine Erziehungsberatung, Al-
ter und Familien- und Sexual-
mit entsprechenden Fachkräften
angeschlossen werden.



Zeitung der DKP-Betriebsgruppe Hanomag-Henschel

mnächst:
mler-Benz



Mai 1977

Betriebsgruppe der DKP
in der Hoechst AG

In Zehlendorf wird gefeuert

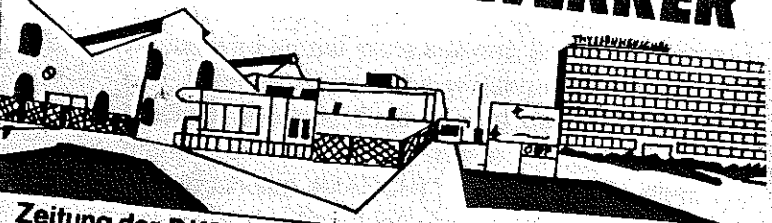
... noch an den guten Willen
... hat, daß sie

minister Friderichs: ... die Bereitstel-
lung von Arbeitsplätzen könne nicht ein-
fach durch Investitionshilfen und Kre-

Die Gewinne von heute sind die
Investitionen von morgen und
die Arbeitsplätze von übermorgen!



DER HENSCHELWERKER



Zeitung der DKP-Betriebsgruppe Thyssen-Henschel
AUGUST 77/1

Ausweitung der Rüstung – Ende der zivilen Fertigung!

wir von Kollegen des Lokbaues er-
nen haben, beabsichtigt der Vor-
d von Thyssen-Henschel die Rü-
gproduktion auf die Produktberei-
ern.
erte Stufe der Ausweitung der Rü-
produktion soll nach der Zusam-
gung der mechanischen Fertigung
okbaues von Halle M 45 mit der
nik des Getriebebaues nach Halle
erfolgen. Der vorgesehene Ferti-
beginn der Rüstungsproduktion im
Lokbau ist der 5.12.1977.
Anlaufphase sollen zuerst ein-
keten-Jagdpanzer umgerüstet
iner Zusatzpanzerung versehen)

trag zu verhandeln.
Kollegen, dieser Exportauftrag nach
Argentinien bringt für die Thyssen-
bosse erst einmal erhöhten Profit.
Für die arbeitenden Menschen in Ar-
gentinien und ihre Interessenvertre-
tungen, die Gewerkschaften, bedeuten
aber die zusätzlichen 200 Panzer in
der Hand der Militärjunta ein zu-
sätzliches Machtmittel zur Unter-
drückung der Werktätigen.
Erinnern wir uns hierzu an den 24.
März 1976. An diesem Tage übernahm
das Militär nach einem Putsch in Ar-



es nun mit der Ausweitung
tungsproduktion im Lokbau
nige Faktoren:
zem wurden im Lokbau als Vorab-
Panzertrümmer gefertigt, die
an nach Argentinien geplanten
auftrag von 200 gepanzerten
eugen" bestimmt sind.
Ja auf der Betriebsversamm-
ahren haben, befand sich

Informationen für die Arbeiter
und Angestellten der Adam Opel AG
in Rüsselsheim

Herausgegeben von der
Deutschen Kommunistischen Partei
Betriebsgruppe Opel

DER MOTO



1. MAI
Zum Nut
arbeitend
voll



4. Jg. Nr. 1

Tarifrunde '77:
**MINDESTENS 9%
ODER 180DM**

f der Kreisdelegiertenversammlung der ÖTV am 6.1. wurde
lerung des Kreises Marburg zur Tarifrunde
m. 9 %, mindestens

Januar 1977

**Kostenlos
Lohnsteuerfrei**

Jedemal wenn wir den Loh-
streifen in der Hand halt
ärgeren wir uns wieder über
hohen Absätze. Aber nicht



Zeitung der DKP für die Beschäftigten der Stadt Frankfurt am Main
Januar 1977

ÖTV-Forderung: 8%, 300 DM Urlaubsgeld plus 50 DM für jedes Kind

Seit der gleichlautende Vorschlag des
geschäftsführenden Hauptvorstandes
bekannt ist, hat „Römer-Signal“ dage-
gen Stellung genommen. Mit einer sol-
chen Forderung, selbst wenn sie voll
durchgesetzt würde, sinkt der Reallohn
für alle Beschäftigten des öffentlichen
Dienstes in diesem Jahr. Arbeitsplätze
werden mit Kurztönen nicht gesichert,
die neuesten Zahlen beweisen es. Im Ge-
genteil, je mehr die Massenkaufrkraft
sinkt, um so weniger wird verkauft.

Diese Lohnforderung weicht zurück vor
den unverschämten Angriffen gegen die
ÖTV und andere DGB-Gewerkschaften.
Dabei blasen Arbeitgeberpräsident
Schleyer, die CDU, Herr Genscher und
auch Bundeskanzler Schmidt ins gleiche
Horn. Für diese Herren ist der Kurs für
1977 abgesteckt: mehr Belastung der
Arbeitnehmer (Tabak- und Brantwein-
steuer, Kfz-Versicherung, Mehrwertsteuer-

erhöhung in einem Jahr so quä-
cher), Erleichterung und Steuer-
ke für Großunternehmer (Kör-
steuergesetz, das Aktienbesit-
stigt, noch mehr Subventionen
tere drastische Steigerung der
rüstung. Die kürzlich bekann-
nen Ansätze für den Bundes-
sprechen für sich.

Wenn wir
schafter (und zwar in allen
werkschaften) nicht entset-
ten, setzt sich diese Politik
in Hand mit Angriffen ge-
wirtschaftliche Lage gibt
Mobilisierung gegen unse-
schaften. Die Hetze gegen
Klunker meinte nicht ih-
ganze ÖTV. Die Pläne der
werkschaften mittels Ges-
Kandare zu zehmen, sind
stes Warnzeichen.
Trotz der insgesamt unge-
forderung für den öffentl-
ist es deshalb jetzt, beson-
jedes Aufkommen von
schindern. Wenn wir



„Grausam, wie der Hase den armen Fuchs hetzt!“

KPdSU und der SED. Daran änderte sich auch nach dem im Dezember 1977 veröffentlichten Entwurf des neuen Parteiprogramms nichts.

Die DKP ist eine disziplinierte und straff organisierte Kaderpartei mit rund 42 000 Mitgliedern, untergliedert in 12 Bezirksorganisationen. Ihr Zentralorgan „Unsere Zeit“ (UZ) erscheint als Tageszeitung in einer Auflage von etwa 40 000 Exemplaren. Theoretisches Organ der DKP ist die in Frankfurt am Main erscheinende Zweimonatsschrift „Marxistische Blätter“.

Der DKP-Bezirksorganisation Hessen gehören rund 5000 Mitglieder an, die in 21 Kreisorganisationen, 120 Orts- bzw. Stadtteilgruppen, 31 Betriebsgruppen und 6 Hochschulgruppen organisiert sind. Orts- und Stadtteilgruppen der DKP geben 90 Zeitungen heraus, außerdem erscheinen 38 Betriebszeitungen und 6 Hochschulzeitungen in meist unregelmäßiger Folge.

Zur politisch-ideologischen und organisatorischen Stärkung führte die DKP 1977 unter der Bezeichnung „Max-Reimann-Aufgebot“ eine Werbekampagne durch. Nach eigenen Angaben konnte sie dabei bundesweit 5109 neue Mitglieder werben. In Hessen lag der reale Mitgliederzuwachs nach Abzug der Abgänge bei kaum mehr als 5 %.

Mit einem umfangreichen Schulungsprogramm setzte die DKP ihre Bemühungen fort, Funktionäre und Mitglieder für die politische Arbeit zu qualifizieren und ideologisch zu festigen. In den Parteigruppen fanden regelmäßig Schulungsabende statt. Der Kadernachwuchs wird an der parteieigenen Schule in Leverkusen, leitende Funktionäre werden in Ost-Berlin und Moskau geschult. Ergänzt wird das Schulungsprogramm der DKP durch Kurse der „Marxistischen Abendschulen (MASCH)“ in Hessen. Es dient zunehmend der Schulung von Betriebsarbeitern sowie als Vorstufe für weiterführende Lehrgänge.

Besondere Schwerpunkte der DKP-Arbeit bildeten Aktionen gegen „Berufsverbote“, Neofaschismus, Arbeitslosigkeit, Hochschulgesetz und die Neutronenbombe. Im Rahmen dieser Kampagne konnte die DKP 1977 erneut Teilerfolge bei ihren Bemühungen um Bündnisse mit demokratischen Kräften erzielen (sogenannte Bündnispolitik).

Vom 18. bis 22. Mai hatte die DKP auf den Lahnwiesen in Marburg ein Großzelt errichtet, in dem zahlreiche politische und kulturelle Veranstaltungen mit insgesamt 15 000 Besuchern durchgeführt wurden.

Bei einer Aktionswoche vom 11. bis 18. Juni warb die DKP mit Flugblattaktionen, Informationsständen und Hausbesuchen in Hessen für die Teilnahme an ihrem zentralen „UZ“-Pressefest (1. bis 3. Juli 1977) in Recklinghausen.

Auf zahlreichen öffentlichen Veranstaltungen der DKP traten erneut Referenten und Ensembles aus der DDR auf.

Die Terroranschläge anarchistischer Gewalttäter und die empörte Reaktion der Bevölkerung brachten die DKP 1977 in eine schwierige Situation. In öffentlichen Stellungnahmen distanzierte sie sich von diesen Anschlägen und warnte davor, alle gesellschaftskritischen Kräfte mit den Terroristen und ihren Sympathisanten gleichzusetzen. Von Kommunisten sei „individueller Terror“ stets angeprangert und bekämpft worden.

Zur Finanzierung ihres aufwendigen Parteiapparates ist die DKP auf erhebliche Zuwendungen aus der DDR angewiesen. Die im Jahre 1977 der hessischen DKP, ihren Nebenorganisationen und den von ihr beeinflussten Organisationen zugeflossenen Mittel werden auf mindestens 5 Millionen geschätzt.

Trotz des hohen finanziellen und personellen Aufwandes konnte die DKP auch 1977 ihren Einfluß in Hessen nicht wesentlich ausbauen. Insbesondere bei den Industriearbeitern stößt sie allgemein auf Ablehnung.

Nebenorganisationen der DKP

Marxistischer Studentenbund Spartakus (MSB)

Der MSB unterstützt als die Studentenorganisation der orthodoxen Kommunisten die politischen Ziele der DKP. Er strebt an den Hochschulen ein Bündnis aller Linkskräfte unter Ausschluß der maoistischen Gruppen an. Zuverlässigster Bündnispartner ist dabei der Sozialistische Hochschulbund (SHB). Alle leitenden Funktionen des MSB sind mit DKP-Mitgliedern besetzt. Die Bundesvorsitzende, Beate Landefeld, ist gleichzeitig Mitglied des DKP-Parteivorstandes.

Nach eigenen Angaben verfügt der MSB über 5800 Mitglieder (1976: 5300), die in 210 Gruppen organisiert sind. Das Organ des MSB „Rote Blätter“ erscheint monatlich in einer Auflage von 30 000 Exemplaren.

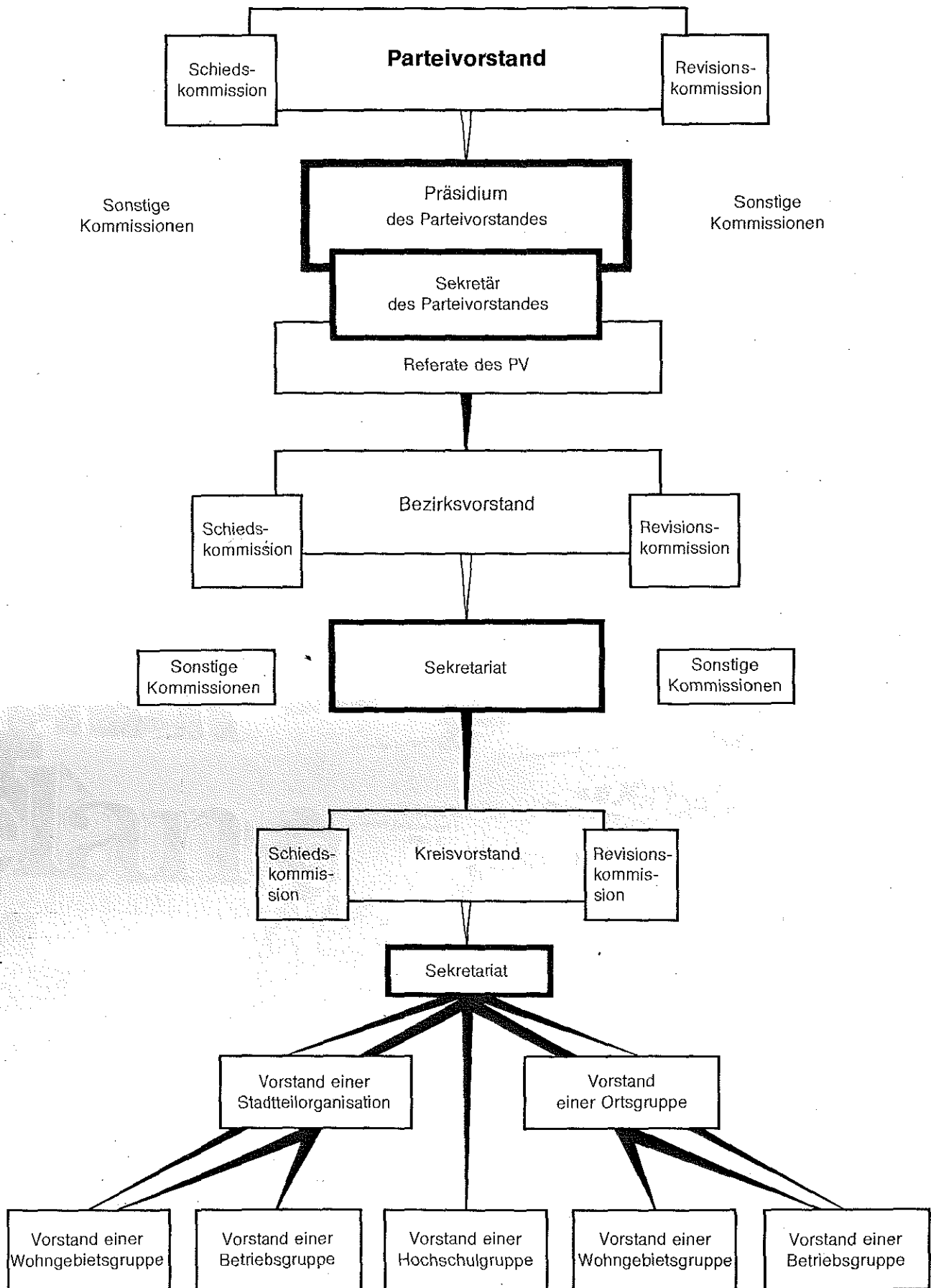
In Hessen bestehen 7 Gruppen des MSB mit insgesamt 1200 Mitgliedern. In seiner Hochburg Marburg verlor der MSB 1977 seine Mehrheit im Studentenparlament, stellt jedoch erneut den ASTA-Vorsitzenden. Der Kampf gegen die Hochschulgesetze bildete 1977 den Schwerpunkt der Arbeit des MSB. Er rief zu Studentenstreiks auf und propagierte als wichtigstes Kampfmittel das Konzept der „Demokratischen Gegenhochschule“ (DGH). Veranstaltungen der DGH, die den Studenten ihre Lage im kapitalistischen System bewußt machen sollten, fanden während der Studentenstreiks u. a. an der Universität Marburg statt.

Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ)

Die SDAJ kämpft für eine sozialistische Bundesrepublik Deutschland nach dem Vorbild der DDR. Zahlrei-

Deutsche Kommunistische Partei

Führungsgremien



SDAJ

die rote pille

Zeitung der SDAJ Darmstadt

für Lehrlinge und Jungarbeiter bei MERCK

extra extra

SDAJ-Zeitungen

Edermünder

JUGEND-ECHO

SOZIALISTISCHEN DEUTSCHEN
FDJ - Gruppe Kassel

Beurteilung

Alle waren für Silvia

Nach Berufsverbot jetzt wieder Lehrerin

Eigentlich sollte ihre Einstellung als Lehrerin nichts mehr in Frage gestanden. Ihre beiden Examen legte Silvia erfolgreich ab. Die Kinder, die sie in ihrer Praktikumszeit unterrichtete, waren begeistert. Die Eltern zitterten: Auch ihre Kollegen schätzten sie. Doch Silvia bekam Berufsverbot, weil sie sich aktiv für ihre und die Rechte ihrer Kollegen einsetzte. Der Kampf gegen den Berufsverbot ist ein Kampf um die Rechte der Schüler, deren Eltern sie auch ihren Kollegen völlig unerschrocken. Sie wird nicht CDU-Politikerin werden, sondern Lehrerin.

Alle hielten zu Silvia. Die Behörden mit ihr wuchsen in In- und Ausland. Mit Demonstrationen und Schreiben. Der Erfolg blieb nicht aus. Silvia bekam einen Anstellungsvertrag. Der Kampf gegen Berufsverbot hat bisher nicht nur für Silvia, aber immer noch sind Berufsverbote bundesdeutsche Realität. Um den Berufsverbot zu beseitigen, ist es notwendig, daß die Bewegung dagegen noch stärker und breiter wird.



Ihre Eltern wurden in Hitlers KZs gequält, weil sie Demokreten waren. Tochter Silvia erhielt Berufsverbot.

an
DAS JUGENDMAGAZIN

1. Mai '77: Aktionen überall

Wir wollen Arbeit — jetzt!



Roter Blitz

SDAJ - Zeitung für Rüsselsh...

elan
DAS JUGENDMAGAZIN

F 2835 E
4000 Düsseldorf 1
März 3/77
1.-



Dateln - Zuchtanstalt für Arbeitslose?



Eishockey - Die Kölner Haie



Rock International: Frank Zappa / undys

telstory:
Zurück zur
0/1.1



Werbeträger

MITGLIED DER JUNGEN PRESSE MESSEN



VOLKSWAGENWERK

VW-LEHRLIN

ZEITUNG DER
SOZIALISTISCHEN



DEUTSCHEN
ARBEITERJUGEND

31 Lehrstellen mehr

Dank des massiven Einsatzes der Betriebsräte, Jugendvertreter und der IG Metall konnte man dem VW-Werk 31 Lehrstellen

rufsausbildung bereit g werden. Außerdem werden bilder über die Planung eingestellt. Rastmala neu bei VW: E

che Verlautbarungen weisen die SDAJ als Jugendorganisation der DKP aus. Sie hat im Bundesgebiet rund 14 000 Mitglieder. Ihr Zentralorgan ist das monatlich erscheinende Jugendmagazin „elan“. Alle Mitglieder des geschäftsführenden Bundesvorstandes und des Sekretariats gehören gleichzeitig der DKP an.

Der SDAJ-Landesverband Hessen besteht aus 1400 Mitgliedern (1976: 1300), die in Kreisverbänden, 75 Orts- und Stadtteilgruppen und einer Betriebsgruppe organisiert sind. Sie gaben insgesamt 34 Betriebs-, Schüler- und Gruppenzeitungen in unregelmäßiger Folge heraus.

Die SDAJ unterstützte 1977 aktiv den Wahlkampf der DKP zur Kommunalwahl in Hessen, führte den Kampf gegen Lehrstellenmangel und Jugendarbeitslosigkeit fort und versuchte, demokratische Jugendorganisationen für gemeinsame Aktionen zu gewinnen.

Im Rahmen einer „Freundschaftswoche mit der Sowjetunion anlässlich des 60. Jahrestages der sowjetischen Oktober-Revolution“ führten die SDAJ, der MSB-Spartakus und die Jungen Pioniere vom 19. bis 28. Oktober in Hessen zahlreiche Veranstaltungen unter Mitwirkung von Referenten und Ensembles aus der UdSSR durch.

Junge Pioniere (JP)

Die sozialistische Kinderorganisation „Junge Pioniere“ wurde auf Initiative der DKP am 1. Juli 1974 nach dem Vorbild der Staatsjugendorganisationen der sozialistischen Länder für Kinder im Alter von 6 bis 14 Jahren gegründet.

Die Jungen Pioniere haben bundesweit 6100 Mitglieder und sind in 232 Gruppen organisiert. Sie geben eine zentrale Kinderzeitung „Willibald“ und alle zwei Monate eine „Pionierleiter-Information“ heraus. Die Arbeit der Organisation wird von der DKP und SDAJ gesteuert und angeleitet.

In Hessen bestehen mehrere JP-Gruppen. Sie veranstalteten Gruppenabende, Kinderfeste, Wochenendausfahrten und nahmen an Kinderferienlagern in der DDR teil.

DKP-beeinflußte Organisationen

Das Spektrum der unter maßgeblichem Einfluß der DKP stehenden Organisationen reicht von losen „Initiativen und Komitees“ bis zu festgefügtten bundesweiten Organisationen, die sich meist als unabhängig und überparteilich darstellen. Die bedeutendsten DKP-beeinflußten Organisationen sind:

Deutsche Friedens-Union (DFU)

Die DFU wurde 1960 auf kommunistisches Betreiben als „Volksfrontpartei“ gegründet und unterstützte auch 1977 die Bündnispolitik der DKP. Sie arbeitet auf dem Gebiet der Bildungs-, Mittelstands- und Frauen-

politik. In Hessen hat die DFU nur noch etwa 200 Mitglieder. Nennenswerte Aktivitäten gehen lediglich vom Landesvorstand aus. In den Stadt- und Landkreisen kam die Arbeit fast zum Erliegen. An Wahlen beteiligte sich die DFU in Hessen seit der Kommunalwahl 1968 nicht mehr.

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN – BdA)

Die VVN – BdA hat im Bundesgebiet 10 000 Mitglieder. Sie unterstützt die Volksfrontbestrebungen der DKP und agitierte gegen angebliche revanchistische, neofaschistische und antikommunistische Bestrebungen. Ihr Zentralorgan ist die in Frankfurt am Main erscheinende Wochenzeitung „die tat“. In Hessen sind rund 300 VVN-Mitglieder politisch aktiv. Landesvorstand und Kreisvorstände der VVN sind überwiegend mit DKP-Mitgliedern und früheren Mitgliedern der 1956 verbotenen KPD besetzt.

Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG – VK)

In der DFG – VK haben einige Kommunisten führende Funktionen inne, die Mehrheit ihrer 20 000 Mitglieder gehört jedoch nicht der DKP an. Die Gesellschaft vertritt politische Tagesforderungen, die sich mit denen der Kommunisten decken. Sie kämpft gegen „Antikommunismus und Militarismus“ und für das „Grundrecht der Kriegsdienstverweigerung“. In Hessen sind 2000 Mitglieder in 19 Gruppen der DFG – VK organisiert.

Neue Linke

Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)

Die KPD, im Juli 1971 aus der von ehemaligen SDS-Funktionären 1970 in Berlin gegründeten „KPD-Aufbauorganisation“ hervorgegangen, hat sich nach ihrem Statut zum Ziel gesetzt, „die Arbeiterklasse und die anderen ausgebeuteten und unterdrückten Schichten des Volkes in den Kampf gegen die Bourgeoisie zu führen, die Diktatur der Bourgeoisie zu stürzen und die Diktatur des Proletariats zu errichten“. In ihrem Programm bekennt die KPD: „Die Ablösung des bürgerlichen Staates durch den proletarischen ist ohne Gewalt nicht möglich.“

Die KPD ist bundesweit in 6 Regionalkomitees mit 18 Ortsleitungen und 60 Zellen gegliedert; Sitz der Parteizentrale ist Köln. Das Zentralorgan der KPD „Rote Fahne“ (Auflage 14 500) erscheint als Wochenzeitung. Zur Durchsetzung ihrer Politik bedient sich die Partei folgender von ihr gesteuerter Nebenorganisationen: „Kommunistischer Jugendverband Deutschland“ (KJVD), Organ: „Kämpfende Jugend“, „Kom-

„munistischer Studentenverband“ (KSV), Organ: „Dem Volke dienen“, „Liga gegen den Imperialismus“ (Liga), Organ: „Internationale Solidarität“, „Rote Hilfe e. V.“ (RH e. V.), Organ: „Rote Hilfe“, „Vereinigung Sozialistischer Kulturschaffender“ (VSK), Organ: „Kämpfende Kunst“, „Bund Sozialistischer Lehrer und Erzieher“ (BSLE), Organ: „Neue Erziehung“. Die Zahl der KPD-Mitglieder liegt im Bundesgebiet bei ca. 700, die ihrer Nebenorganisationen bei etwa 3000 Personen. Wegen eines evtl. Verbotes bereitet sich die Partei verstärkt auf den illegalen Kampf vor.

In Hessen nahm die KPD 1973 ihre Parteiarbeit auf. Sie verfügt über ein Regionalkomitee mit Sitz in Frankfurt am Main, eine Ortsgruppe und einige „Rote Fahne-Freundeskreise“ als Vorstufe zur Gründung von Ortsgruppen. Außerdem sind mehrere Nebenorganisationen politisch tätig. Etwa 450 Mitglieder und Sympathisanten gehören in Hessen der KPD und ihren Nebenorganisationen an.

Die politische Arbeit der KPD war 1977 in Hessen auf die Mitgliederwerbung und weitere Konsolidierung der Partei ausgerichtet. An öffentlichen Veranstaltungen nahmen bis zu 300 Personen teil. Die „Aktionseinkaufsbestrebungen“ mit dem Kommunistischen Bund Westdeutschland (KBW) und der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten (KPD/ML) nahmen im Zusammenhang mit der Verbotsforderung gegen die „K-Parteien“ zu. An der Abschlusveranstaltung zum II. Parteitag der KPD am 10. September in Offenbach am Main nahmen etwa 2000 Personen teil. Trotz intensiver Bemühungen konnte die KPD ihren Einfluß unter Schülern, Studenten, Jugendlichen und Arbeitern nicht erweitern. Auch der Versuch, weitere Betriebszellen aufzubauen, scheiterte bisher.

Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)

Der 1973 gegründete KBW hat im Bundesgebiet etwa 5000 Mitglieder und Sympathisanten. Nach seinem Parteiprogramm strebt er die „Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates und die Errichtung der proletarischen Diktatur“ unter Anwendung von Gewalt als selbstverständliches Mittel an. Wörtlich sagt das Programm hierzu: „Solange die Bourgeoisie über bewaffnete Formationen zur Verteidigung des kapitalistischen Eigentums verfügt, wird das Proletariat die politische Macht mit Waffengewalt erkämpfen müssen.“

Der KBW ist in 3 Regionalverbände (Nord, Mitte, Süd) mit 40 Bezirksverbänden gegliedert. Sitz der Parteizentrale ist seit 1977 Frankfurt am Main, Mainzer Landstraße 147. Zentralorgan ist die wöchentlich erscheinende „Kommunistische Volkszeitung“ (KVZ) – Auflagenhöhe 32 000. Als theoretisches Organ erscheint monatlich die Broschüre „Kommunismus und Klassenkampf“.

Als Nebenorganisationen, die örtlich selbständig und nicht zu Bundesverbänden zusammengeschlossen sind, arbeiten für den KBW: „Kommunistischer Jugendbund“ (KJB), „Kommunistischer Studentenbund“ (KSB), „Kommunistische Hochschulgruppe“ (KHG), „Gesellschaft zur Unterstützung der Volkskämpfe“ (GUV), Komitees und Initiativen gegen den § 218, „Soldaten- und Reservistenkomitees“ (SRK).

Der KBW ist unter den „K-Parteien“ die stärkste und militanteste maoistische Gruppe. Er arbeitet teilweise konspirativ und bedient sich gesetzwidriger Kampf-formen bei Aktionen und Demonstrationen. 1977 begannen die SRK's sowie der KJB mit paramilitärischen Ausbildungen.

In Hessen gliedert sich der KBW (ca. 1200 Mitglieder und Anhänger) in 5 Bezirksverbände mit etwa 50 Betriebs-, Orts- und Stadtteilzellen. Er ist dem Regionalverband Mitte, Sitz Köln, angeschlossen. In seiner Bundeszentrale in Frankfurt am Main – ein Objekt mit 1600 qm Nutzfläche, Kaufpreis 2,7 Millionen DM – verfügt der KBW über eine große Druckerei, ein Schulungszentrum und ein modernes Nachrichtenübermittlungssystem. Zur Finanzierung müssen die Mitglieder hohe Beiträge und Spenden aufbringen. Der weitere Ausbau der Organisation sowie die ideologische Schulung der Mitglieder und Sympathisanten standen 1977 im Mittelpunkt der Parteiarbeit in Hessen. An überörtlichen Veranstaltungen (gegen § 218 StGB, Tarifierhöhungen, geplantes Parteiverbot) nahmen bis zu 500 Personen teil. Bei vielen Aktionen (Info-Stände, Flugblatt-, Klebe- und Störaktionen, Schmierereien) suchte der KBW die Kraftprobe mit der Polizei. Über 200 Festnahmen, 22 Strafanzeigen und 9 Verurteilungen von KBW-Angehörigen waren die Folge. Die Betriebsarbeit versuchte die Partei durch Bildung von branchenbezogenen Betriebszellen – anstelle der bisherigen firmenbezogenen Betriebszellen – zu verbessern. 1977 erschienen in 17 hessischen Betrieben Betriebszeitungen mit über 100 Ausgaben und einer Auflagenhöhe zwischen 300 bis 600, in einzelnen Großbetrieben bis zu 4000 Exemplaren. Der KBW konnte 1977 in Hessen seine Organisation festigen und neue Mitglieder werben.

Kommunistische Partei Deutschlands/ Marxisten-Leninisten (KPD/ML)

Die KPD/ML richtet laut Programm und Statut „ihre gesamte Tätigkeit – auch in der vorrevolutionären Phase – auf das Ziel aus, die Arbeiterklasse in der gewaltsamen sozialistischen Revolution zur Errichtung und Festigung der Diktatur des Proletariats und zum Kommunismus zu führen“. Zentralorgan der KPD/ML ist die Wochenzeitung „Roter Morgen“ (Auflage 10 000 Exemplare).

Politisch orientiert sich die KPD/ML stark an der „Partei der Arbeit Albaniens“.

In der Bundesrepublik Deutschland unterhält die Partei 6 Landesverbände. Auch sie versucht über ihre Nebenorganisationen „Rote Garde“, „Kommunistischer Studentenbund Marxisten-Leninisten“ (KSB/ML), „Revolutionäre Gewerkschaftsopposition“ (RGO), „Rote Hilfe Deutschlands“ (RHD), ihren politischen Einfluß zu erweitern. Seit 1976 wurde das innerparteiliche Leben der KPD/ML zunehmend konspirativer.

In Hessen sind die Orts- und Betriebsgruppen der KPD/ML mit ca. 250 Mitgliedern und Sympathisanten dem KPD/ML-Landesverband Südwest angegliedert. Die Arbeit der KPD/ML und ihrer Nebenorganisationen erfolgte überwiegend in den hessischen Großstädten. Zu öffentlichen Veranstaltungen konnte sie bis zu 500 Personen mobilisieren. Von den 1977 verbreiteten 7 Betriebszeitungen erschienen 4 regelmäßig und 3 unregelmäßig mit ca. 45 Ausgaben. Obwohl sich Vertreter der KPD/ML an den Veranstaltungen der „K-Parteien“ zur Gründung einer Aktionseinheit gegen das angestrebte Verbot beteiligten, steht die Partei zur Zeit einer Zusammenarbeit mit den anderen „K-Gruppen“ ablehnend gegenüber.

Kommunistischer Bund (KB)

Im November 1971 schlossen sich Gruppen aus Norddeutschland, Berlin und Frankfurt am Main im KB zusammen. Nach seinem Statut ist der KB „ein Zusammenschluß von kommunistischen Organisationen auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus und seiner Weiterentwicklung durch Mao Tse-tung“. Der KB kämpft „für die Beseitigung des kapitalistischen Ausbeutersystems und die Zersetzung des Staatsapparates, für den Aufbau des Sozialismus unter der Klassenherrschaft des Proletariats“. Den Einsatz von Gewalt betrachtet er als legitimes Mittel. Vor allem die Arbeiter will er mit den „Problemen des bewaffneten Kampfes“ vertraut machen, obwohl er den Einsatz revolutionärer Gewalt zum gegenwärtigen Zeitpunkt für verfrüht hält.

Der KB hat im Bundesgebiet etwa 1500 Anhänger, wobei die Hamburger Gruppe die führende Kraft ist. Als Zentralorgan gibt der KB die zweiwöchentlich erscheinende Zeitung „Arbeiterkampf“, die Zeitungen „Rebell“ als Jugendzeitung, „Unser Weg“ als theoretisches Organ und „die internationale“ heraus.

Der Bekanntheitsgrad des KB ist in Hessen seit 1977 im Zusammenhang mit den militanten Ausschreitungen gegen das Kernkraftwerk Brokdorf und durch seine maßgebliche Beteiligung an den Vorbereitungen zum „Russell-Tribunal“ gestiegen. Etwa 100 Personen gehören dem KB in Hessen an. Der Schwerpunkt der Tätigkeit liegt in Frankfurt am Main.

Trotzkistische Gruppen

Diese Gruppen berufen sich auf die Lehre von Leo Trotzki und wollen durch die „permanente Revolution“ weltweit den Kommunismus errichten. Von der Größenordnung her ist allein die „Gruppe Internationale Marxisten – Deutsche Sektion der IV. Internationale“ (GIM) von Bedeutung. Als Zentralorgan gibt sie 14tägig die Zeitung „was tun“ (Auflage etwa 5000) heraus. Die etwa 500 Anhänger sind in 50 Ortsgruppen und Stützpunkten im Bundesgebiet organisiert. Weitere 10 trotzkistische Gruppen, mit etwa 1000 bis 1200 Anhängern, wurden überwiegend durch die Verbreitung von Publikationen bekannt.

Obwohl die GIM ihren Sitz in Frankfurt am Main hat, sind in Hessen nur unbedeutende Ansätze trotzkistischer Tätigkeit festzustellen.

Andere kommunistische Gruppen

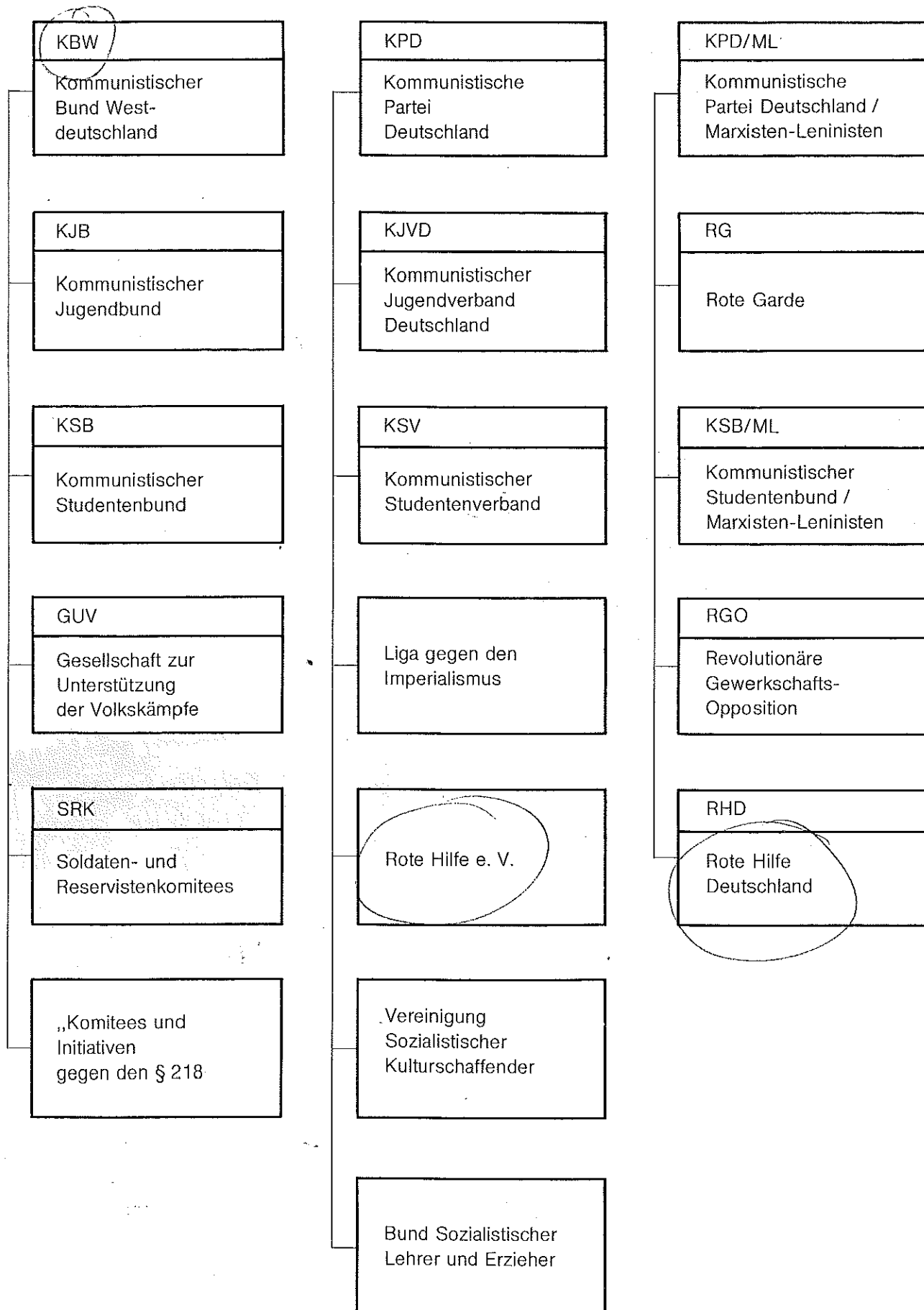
Weitere, auch in Hessen agierende kommunistisch-maoistische Gruppen sind der „Kommunistische Arbeiterbund Deutschland“ (KABD) mit seiner Nebenorganisation „Revolutionärer Jugendverband Deutschland“ (RJVD) und die „Kommunistischen Studentengruppen“ (KSG), deren Abspaltergruppen „Kommunistischer Arbeiterbund (Revolutionärer Weg)“ und „Revolutionäre Jugend (Marxisten-Leninisten)“ sowie der „Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD“. Ihr Einfluß blieb im Vergleich zu den übrigen linksextremistischen Gruppen wegen fehlender Organisationseinheiten von untergeordneter Bedeutung.

Undogmatische Neue Linke

Zu den linksextremistischen Gruppen der sogenannten Undogmatischen Linken gehört ein breites Spektrum unterschiedlichster Gruppen, die versuchen, an der „Basis“ (in Betrieben, Hochschulen, Wohngebieten) revolutionären Widerstand zu organisieren und in Aktionen umzusetzen.

Eine feste Organisationsform kennen diese Gruppen nicht. Autonomie, Spontaneität und Selbstorganisation der „Unterdrückten“ sind die Kennzeichen dieser Gruppen, die keine Mitgliedschaft im organisatorischen Sinne und auch kein Programm haben. Sie bezeichnen sich oft als Spontan-Gruppen oder Spontis. Den dogmatischen Kommunismus marxistisch-leninistischer Prägung lehnen sie fast ausschließlich ab. Ursprünglich traten sie mit der Konzeption an, über den „langen Marsch durch die Institutionen“ die politische Ordnung revolutionär zu beseitigen und den Staatsapparat zu zerschlagen. Die Gruppen der Undogmatischen Linken konstatieren dazu heute: „Der lange Marsch ist an der Unerbittlichkeit des kapitalistischen Machtstaates gescheitert, die Öffnung und Demokratisierung des Systems durch den Gebrauch seiner Institutionen ist mißlungen.“ An die Stelle des „langen

Die kommunistischen Parteien der „Neuen Linken“ und ihre Nebenorganisationen



Algerien: Da...
Frankreich: 5,70
Libanon: 1,75
Kanada: 1,75
Tasche: 18,-
Russland: 100,-
Deutschland - AUSGABE
Bulgarien: 17,00
Nigeria: 4,40
Luxemburg: 42,-
Norwegen: 17,-
Portugal: 15,-
Russland: 100,-

WIR WOLLEN'S ANDERS

MARBURGER ZEITUNG

NULLNR.
JULI 77

PREIS:
1.50

SPRACHROHR FÜR ALLE, DIE SONST
KAUM ZU WORT KOMMEN

Kostet 2

22. STATTZEITUNG

44 Seiten 15
20.10.-2.11.77 in und um Kasse



ist - was für eine Kunst? • Russel-
KW-Gegner vor Gericht • Deutsche Ver-
Alternativen zur...

AUTONOMIE NR 9

10/77
Materialien gegen die Fabrikgesellschaft

ABENTEUER IN DER FABRIK
Protokolle eines RK-B
Der deutsche Arbeitsch
Pflichterfüllung und ein

az

die an ze
MAGAZIN MIT LESERN FÜR LESER
DM 2,-



Pflasterstrand

Zentralorkan des Rhein-Main Sumpfes

5. bis 19. Okt.
Nr. 16

DICKE
NUMMER!
3 DM



Marsches durch die Institutionen" trat die neue Taktik, „Netze zu bauen, vielfältige Kanäle zu ziehen, ein Milieu zu entwickeln, Nischen und Ritze zu besetzen, den Staat zu unterlaufen, zu zerbröckeln, brüchig zu machen" (Pflasterstrand November 1977). Die Zeitung der Undogmatischen Linken „Autonomie 1/78" führt dazu aus, „dies war die Geburtsstunde der Autonomie des sich selbst entdeckenden Sozialproletariats, in dem sich die sozialrevolutionären Minderheiten mit den ausufernden Randschichten der Klasse zusammenfanden".

Dieser neuen Linie folgten die Gruppen der Undogmatischen Linken in Hessen bereits seit 1974/75. An die Stelle der früher teilweise durch spektakuläre Aktionen bekanntgewordenen Gruppen – u. a. Revolutionärer Kampf – traten zahlreiche autonome Gruppen, die sich als die sogenannte Alternativbewegung verstanden. Es entstanden Kontaktzentren, die als Anlaufstellen und Kommunikationsforen dem Ziel dienten, alle örtlichen Gruppen zu erfassen, ohne daß diese ihre Eigenständigkeit aufgeben mußten. In Hessen vollzog sich diese Entwicklung hauptsächlich in den Universitätsstädten. Jugendzentren, Frauengruppen, Homosexuellen-Gruppen, Knast-Gruppen, Lehrlings- und Betriebsgruppen, örtliche Bürgerinitiativen, Kommunen, Arbeiterselbsthilfen bis hin zu Gruppen, die im terroristischen Vorfeld arbeiten, wurden unterwandert oder gegründet. (Selbstverständlich gibt es daneben Gruppierungen mit ähnlichen oder gleichen Namen, die keine verfassungsfeindlichen Ziele verfolgen.)

Das Jahr 1977 war in der Weiterentwicklung der Undogmatischen Linken durch eine kontroverse Diskussion über die terroristischen Anschläge geprägt. Bereits beim Pfingstkongreß 1976 des „Sozialistischen Büro" forderte ein führender Vertreter der Spontis die „Genossen im Untergrund" auf, „Schluß zu machen mit diesem Todestrip, runter zu kommen von ihrer bewaffneten Selbstisolation, die Bomben wegzulegen und die Steine und einen Widerstand, der ein anderes Leben meint, wieder aufzunehmen". Diese gegensätzliche Auseinandersetzung mit der RAF und ihren Nachfolgegruppen wurde vor allem in der Frankfurter Spontizeitung „Pflasterstrand" (Herausgeber Daniel Cohn-Bendit) geführt. Ergebnis war, daß sich die Undogmatische Linke in einen „terroristischen" und „nichtterroristischen" Flügel aufspaltete. Der „nichtterroristische" Flügel der Undogmatischen Linken hat sich um die Alternativzeitung „Pflasterstrand", das Frankfurter Kulturzentrum e. V. sowie um den Karl-Marx-Buchladen organisiert. Die Anhänger des „terroristischen" Flügels meldeten sich innerhalb der Frankfurter Szene im August durch die Herausgabe der Untergrundzeitung „MOB Frankfurter Zeitung 1" und später durch die Zeitung „Sumpfbüthe" zu Wort (s. dazu Abschnitt Terrorismus).

Entwicklung linksextremistischer Bestrebungen an den Hochschulen

Die politische Lage an den hessischen Hochschulen wurde auch 1977 durch die Einflußnahme linksextremistischer Gruppen auf studentische Mitbestimmungsgremien geprägt. Bei den Wahlen hierzu zeigten alle Ergebnisse, daß

1. die Wahlbeteiligung der Studenten bei den Parlamentswahlen generell unter 40 % und den Konventswahlen unter 50 % lag,
2. die dogmatischen, an Parteien gebundenen Hochschulgruppen Stimmenverluste hinnehmen mußten und
3. die undogmatischen Basis- und Spontigruppen einen Stimmengewinn verzeichnen konnten.

Die studentischen Basis- und Spontigruppen waren erstmals 1972 in Frankfurt am Main („SHB-Sozialistische Front") und Marburg („Rote Liste") bei Studentenparlamentswahlen aufgetreten. In der Folgezeit konstituierten sich auch in Kassel (1974) und Darmstadt (1975) Gruppen, die sich „Basisgruppen" (BG) nannten. An der Universität Frankfurt am Main benannte sich der SHB/SF 1974 in „Sozialistische Hochschulinitiative" (SHI) um. 1977 beteiligten sich erstmals an allen Hochschulen in Hessen Gruppen der Undogmatischen Neuen Linken an den Wahlen zu den Studentenvertretungskörperschaften. An der Universität Frankfurt am Main schlossen sich die Gruppen SHI, Linke Liste (LiLi) und die Hochschulgruppe des Sozialistischen Büro (SB) im Dezember zu einer Aktionsgemeinschaft zusammen und kandidierten unter der Bezeichnung „Undogmatische Linke" anläßlich der erforderlichen Neuwahl.

Die Gruppen der Undogmatischen Neuen Linken konnten in den letzten drei Jahren ihren Einfluß unter der Studentenschaft erweitern. An der Universität Frankfurt am Main und der Gesamthochschule Kassel wird der Allgemeine Studentenausschuß (AStA) ausschließlich von Gruppen der Undogmatischen Neuen Linken gestellt; an der TH Darmstadt sind die „Basisgruppen" im AStA vertreten.

In seiner traditionellen Hochburg, der Universität Marburg, mußte der DKP-orientierte MSB Spartakus eine empfindliche Niederlage hinnehmen. Von bisher 12 Parlamentssitzen verlor er 3. Sein Koalitionspartner SHB (MSB und SHB stellten 1976/77 den AStA) verlor 2 Sitze von vorher 8. Dagegen konnte der MSB an der Universität Frankfurt am Main 2 der 22, an der Universität Gießen 3 der 30, an der TH Darmstadt 1 der 40 und an der Gesamthochschule Kassel 5 der 30 Parlamentssitze erringen und damit seine Stellung behaupten.

Die Studentenorganisationen der maoistischen Parteien KPD, KBW, KPD/ML erlitten bei den Studentenparlamentswahlen 1977 an den hessischen Hoch-

schulen eine vernichtende Niederlage. Sie hatten 1976/77 noch 11 Vertreter in den Studentenparlamenten. 1977 konnte lediglich der dem KBW nahestehende „Kommunistische Studentenbund“ an der Gesamthochschule Kassel einen Sitz erringen. 1977 war gegenüber den Vorjahren ein allgemeiner Rückgang massiver Störaktionen und Gewaltakte von Extremisten im Hochschulbereich zu verzeichnen.

Im Jahr 1977...

...wurde...

...

...

...

Terror und Gewalt

„Rote Armee Fraktion“ (RAF)

Obwohl die Mitglieder des harten Kerns der „RAF“ seit 1972 in Haft waren, gelang es der „RAF“, durch Rekrutierung neuer Terroristen aktionsfähig zu bleiben. Das zeigten die Anschläge des Jahres 1977. An der Vorbereitung dieser Aktionen war der Rechtsanwalt Siegfried Haag, der im November 1976 bei Gießen festgenommen werden konnte, beteiligt. Die bei Haag gefundenen Pläne enthielten u. a. Formulierungen wie „Aktion Margarine“, „Big Money“ und „Big Raushole“. Diese Formulierungen können mit den Morden an Generalbundesanwalt Siegfried Buback und Jürgen Ponto sowie mit der Entführung und Ermordung von Hanns Martin Schleyer in Verbindung gesehen werden.

Alle Aktionen der „RAF“ waren vorher bis ins kleinste Detail geplant. Dazu bediente sie sich eines festen Unterstützerkreises, der nach Erkenntnissen der Sicherheitsbehörden im gesamten Bundesgebiet und Westberlin verteilt ist. Dazu gehören überwiegend Mitglieder der ehemaligen sogenannten „Folterkomitees“ und autonomen „Roten Hilfen“. Dieser Kreis hat die Aufgabe, die Aktionen der „RAF“ propagandistisch zu unterstützen, kleinere logistische Vorbereitungen zu treffen, Kurierdienste auszuführen und den reibungslosen Informationsfluß in und aus den Haftanstalten sicherzustellen.

Das Rhein-Main-Gebiet ist dabei bereits seit Ende der 60er Jahre eines der Zentren terroristischer Aktivitäten. Die terroristischer Gewaltakte beschuldigten Hans Joachim Klein (OPEC-Überfall, Wien), Wilfried Böse (Teilnehmer an Flugzeugentführung, Entebbe), Johannes Weinrich (Raketenanschlag, Paris-Orly), Astrid Proll (versuchter Polizistenmord, Raubüberfälle) und Rolf Clemens Wagner (Schleyer-Entführung, Köln) hielten sich in diesem Gebiet auf. Weiter sind hier zu erwähnen mehrere Bombenanschläge, Überfälle auf Banken und ein Waffengeschäft, das Auffinden konspirativer Wohnungen und Verhaftungen führender Terroristen (z. B. Andreas Baader, Holger Meins, Jan-Carl Raspe und Margit Schiller).

Größtes Aufsehen erregte im Berichtsjahr jedoch der Mord an dem Vorstandssprecher der Dresdner Bank, Jürgen Ponto, in Oberursel (Taunus). Hier wurde von den Tätern bedenkenlos und heimtückisch die Freundschaft zweier Familien ausgenutzt, um in das Haus Ponto zu gelangen. Als der Fahrer von Herrn Ponto unter den Einlaß begehrenden drei Personen (zwei Frauen und ein Mann) Susanne Albrecht, eine Bekannte der Familie Ponto, erkannte, ließ er sie arglos ein. Die Besucher begaben sich in das Wohnzimmer, wo es kurz darauf zwischen ihnen und Herrn Ponto zu einem Handgemenge kam. Dabei fielen die tödlichen Schüsse. Die Täter entkamen.

Revolutionäre Zellen (RZ)

Seit 1973 haben sich „Revolutionäre Zellen“ zu einer Vielzahl von Anschlägen im Bundesgebiet bekannt. Einer der Schwerpunkte war wiederholt das Rhein-Main-Gebiet. Revolutionäre Zellen haben sich zu dem Sprengstoffanschlag auf das US-Tanklager in Gießen im Januar sowie zum Attentat auf den Vorsitzenden der Frankfurter Rechtsanwaltskammer, Dr. Klaus Schmalz, im März bekannt. Darüber hinaus waren Einrichtungen des Frankfurter Verkehrs-Verbundes (FVV) häufig Zielobjekte der Anschläge von „Revolutionären Zellen“. Aus Protest gegen die Fahrpreiserhöhung wurden Fahrscheinautomaten zerstört oder beschädigt und in Flugblättern zum Schwarzfahren aufgefordert. Die „Revolutionären Zellen“ haben seit 1975 einmal jährlich eine Zeitschrift mit dem Titel „Revolutionärer Zorn“ herausgegeben.

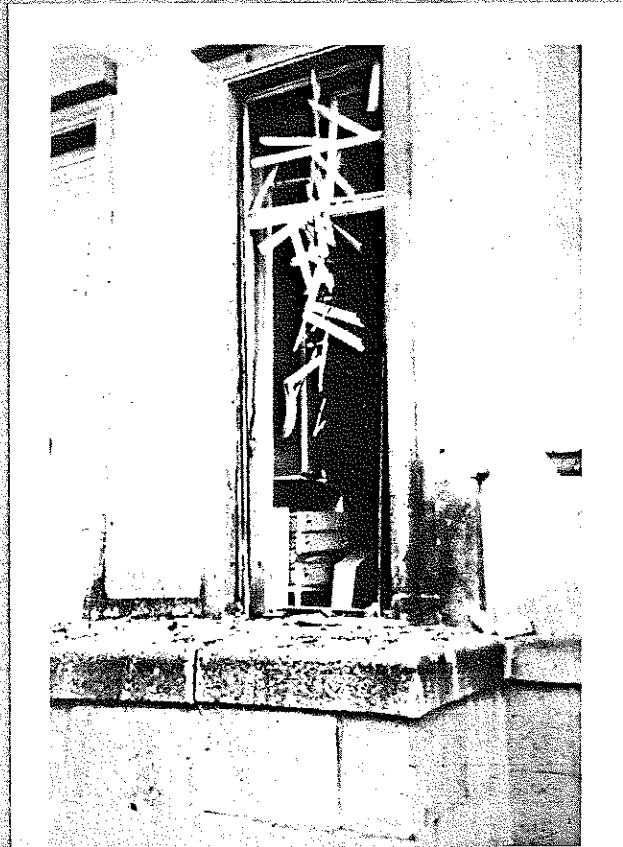
Vorfeld der Terrorgruppen

Auch im Jahre 1977 haben verschiedene Sympathisanten- und Unterstützungsgruppen ihre Arbeit im Vorfeld des Terrorismus fortgesetzt. Dabei handelte es sich vorwiegend um autonome „Rote Hilfen“, „Schwarze Hilfen“, „Folterkomitees“, „Knastgruppen“ und andere „Gefangenenhilfegruppen“. Die meisten dieser Gruppen ließen nur geringe Aktivitäten erkennen. Dagegen bemühten sich einzelne Gruppen, darunter zwei in Hessen, intensiv um die Inhaftierten der „RAF“. Sie gaben Flugblätter und Broschüren heraus und organisierten Veranstaltungen u. a. mit Verteidigern von Terroristen. Dabei standen Themen wie die „Isolationsfolter“ und die „Anwendung der Genfer Konvention“ auf die „RAF“-Gefangenen im Vordergrund. Seit Sommer 1977 benutzten sie die Bezeichnung „Russell-Initiativgruppen Haftbedingungen politischer Gefangener“, um unter diesem Namen ihre Tätigkeit besser fortsetzen zu können und weitere Unterstützer zu finden. Sie bemühten sich – im Ergebnis erfolglos –, ihr Anliegen in die „Untersuchungen“ des „3. Russell-Tribunals“ einzubringen.

Auf zwei nicht öffentlichen „Notkonferenzen“ im November mit 150 bis 200 Teilnehmern in Frankfurt am Main behandelten die „Russell-Initiativgruppen“ aus dem gesamten Bundesgebiet folgende Themenkreise: „Die Morde in Stammheim und das Kontaktsperregesetz, die Zerschlagung politischer Verteidigung und die Verfolgung von ‚Russell-Initiativen‘, Mogadischu: Einsatz der GSG 9, Morde an drei ausländischen Genossen, internationale Zusammenarbeit und die Fahndung, Menschenjagd und Hysterie im In- und Ausland“.

Die „Notkonferenzen“ beschlossen die Durchführung eines „internationalen Aktionstages“ am 10. Dezember. Auf dieser Veranstaltung, zu der neben einer „Aktionseinheit“ der „Neuen Linken“ auch die „Rus-

**Sprengstoffanschlag am 24. März 1977
in Frankfurt am Main
zum Nachteil Rechtsanwalt Dr. Schmalz**



Informations-Dienst

Verbreitung unterbliebener Nachrichten

ERSCHEINT WÖCHENTLICH NR. 204 18. NOVEMBER 1977 D 1870 CX

Stammheim

Revolutionäre Zorn

MAI 77

3. Zeitung der REVOLUTIONÄREN ZELLEN



AKW-BEWEGUNG

bremer
frankfurt
hamburg
knausen a.d. gelz/
kassel
hannover/nürnberg
nürnberg

sechsjahresfest
dokumentation
bewährung soll
erkenntnisdien
tribunal über die
prozess gegen na
ausbildungsverbot

die betroffenen e
bremer edu fördert
hungerstreik am 14.

MOB

FRANKFURTER ZEITUNG

150

Wir legen hiermit die erste Nummer von MOB -Frankfurter Zeitung- vor, in der Absicht, für die Diskussion um die Militanzfrage ein offenes Forum zu schaffen. Seit ca. 3 Monaten schwebt hier in Frankfurt die Diskussion über Guerillapolitik, die ihr abruptes Ende in der Verlegung der Redaktion des Pflasterstrandes fand. Briefe zu diesem Thema abzurufen, da die Inhalte der Pflasterstrand-Redaktion nicht passten. Die Auseinandersetzung hierüber wollen wir weiterführen.

Es geht aber nicht nur darum, die Meinung der Stadtguerilla zu veröffentlichen, sondern über den MOB auch den Leuten die Möglichkeit zu geben, die abseits der Kräutwelt fantasievollen Widerstand leisten und leisten wollen, sich zu äußern und damit den MOB auch zu tragen.

Für uns gibt es nicht nur Kräuter oder Knarre - dazwischen liegt ein breites Spektrum von Aktionsformen, die wir uns wieder zu eigen machen müssen. Die beste Verteidigung war schon immer der Angriff!

Zudem soll die Zeitung darstellen, was an Gruppen, Aktionen und Auseinandersetzungen in Frankfurt läuft, die sich nicht darauf beschränken, zu harren, was da kommt. - Darüberhinaus: Nachrichten, Tips und Informationen, die sich mit Knast und Unterdrückung, Lokal, national und international beschäftigen.

Eine

PROVINZ

ZEITUNG FÜR WIESBADEN & MAINZ

januar nr. 9

LITERATUR PREIS



UNDESWEHR
SCHÜLERDEMO
CHELMENGRABEN

MIT IRRLICHT!

INFO DER FACHHOCHSCHULSUMPFBLOTEN

DIE Sumpf-Blüte

NUMMER 1
7 DEZ 77

2 RM



self-Initiativgruppen" in einem Flugblatt aufgerufen hatten, wurde die Freilassung der in Stuttgart-Stammheim einsitzenden Terroristin Irmgard Möller, die „Anwendung der Genfer Konvention" sowie die Zusammenlegung der Gefangenen zu „interaktionsfähigen Gruppen" gefordert.

Ein Beispiel praktischer und propagandistischer Unterstützung der „RAF" ist die im August erschienene Schrift „MOB – Frankfurter Zeitung 1". Sie verstand sich als ein Diskussionsforum der Terroristen, die sich als „Stadtguerilla" bezeichnen, billigte im Inhalt bereits begangene Gewalttaten und rief zu neuen Aktionen auf. So wurde in einem Artikel über Generalbundesanwalt Rebmann mit der Überschrift „Im Fadenkreuz" gesagt: „Kommt Zeit, kommt RAF. In diesem Sinne wünschen wir Rebmann eine erfolgreiche berufliche (Erdum)laufbahn."

Ein weiterer Versuch, die Ziele der „Guerilla" bekanntzumachen, ihre Forderungen zum Ausdruck zu bringen und ihre Aktionen als „Kriegshandlungen" zu rechtfertigen, erfolgte mit der Herausgabe der Zeitschrift „Die Sumpflüte – Info der Fachhochschulsumpflüten" in Frankfurt am Main. Dieses Info-Blatt (Auflage 500), bisher dreimal erschienen, soll in Zukunft laufend herausgegeben werden. In der Zeitschrift werden überwiegend „RAF"-Themen wie Hungerstreikerklärungen und Berichte über die Haftbedingungen veröffentlicht.

„MOB" und „Sumpflüte" enthalten weder Impressum noch Kontaktadressen aus Furcht vor „Repressionen" und weil es in der „freiesten aller Demokratien" nicht mehr möglich sei, seine politische Meinung zu äußern.

Weitere „Alternativzeitungen" in Hessen sind der „Informationsdienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten" (ID), Frankfurt am Main, und die „Provinz – Zeitung für Wiesbaden und Mainz". Während sich der „ID" mit dem kommentarlosen Abdruck von Artikeln der Unterstützer- und Sympathisantengruppen begnügt, werden in der „Provinz" theoretische Diskussionen über das Konzept „Stadtguerilla", Art und Weise des bewaffneten Kampfes sowie die Zusammenarbeit und Solidarisierung der legal arbeitenden Linken mit den im Untergrund operierenden Gruppen geführt.

Sämtliche Druckerzeugnisse der Gruppen aus dem terroristischen Vorfeld werden von einer Reihe „linker Buchläden" vertrieben.

Bombendrohungen und andere Aktionen

In Hessen stieg 1977 die Zahl der Androhungen von Terror- und Gewaltakten an.

In 71 Fällen wurden die Drohungen unter dem Namen terroristischer Gruppen abgegeben. Der Anstieg ist insbesondere auf die Selbstmorde in Stammheim am

18. Oktober zurückzuführen. Schwerpunkte bei den Bombendrohungen waren die Städte Frankfurt am Main und Wiesbaden.

Darüber hinaus wurden 1977 insgesamt 44 Farbschmierereien mit terroristischem Hintergrund bekannt, von denen 18 Fälle der „RAF" bzw. ihren Sympathisanten zuzuschreiben waren. Auch die „Revolutionären Zellen", „Rote Garde" und andere Extremisten waren Urheber solcher Aktionen.

An verschiedenen Diebstählen von Munition, Personalausweisen, Pässen, Funkgeräten und an Brandanschlägen waren vermutlich terroristische Gewalttäter beteiligt.

Beurteilung

Der Linksextremismus gefährdete auch 1977 nicht die freiheitliche demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland.

Zwar blieb die DKP mit ihren Nebenorganisationen stärkste politische Kraft im linksextremen Lager und konnte ihre Anhängerschaft leicht vermehren. Dennoch zeigen die Ergebnisse der Kommunalwahlen, wie auch schon frühere Wahlergebnisse, daß die DKP keinen Rückhalt in der Bevölkerung hat. Es ist ihr bisher auch nicht gelungen, bei den Arbeitern eine größere Anhängerschaft zu gewinnen. Die Gruppen des orthodoxen Kommunismus müssen aber auch weiterhin vom Verfassungsschutz sorgfältig beobachtet werden, da sie ihre verfassungsfeindlichen Ziele weiter verfolgen und von der SED, auch finanziell, stark unterstützt werden.

Die Gruppen der Neuen Linken sind zwar nach der Zahl ihrer Anhänger fast bedeutungslos. Auch fehlt ihnen eine größere Unterstützung durch ausländische Parteien. Sie haben jedoch wiederholt zur offenen Gewalt aufgerufen und durch gewaltsame Aktionen die öffentliche Sicherheit und Ordnung gestört.

Die Aktionen der Terroristen im Jahre 1977 haben gezeigt, daß ihre Gefährlichkeit ungebrochen ist. Die hierdurch eingetretene Bedrohung der Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland wird durch Verbindungen der deutschen Terroristen zu Terroristen und Sympathisanten im Ausland bis hin zu palästinensischen Terrorgruppen verstärkt. Die Terroristen arbeiten wie bisher konspirativ in der Bundesrepublik Deutschland und erhalten aus ihrem Vorfeld weiterhin Zulauf. Auch für die Zukunft können deshalb terroristische Gewalttaten nicht ausgeschlossen werden.

Sicherheitsgefährdende Bestrebungen von Ausländern

Ausländer in Hessen

Von den zur Zeit in der Bundesrepublik Deutschland lebenden 3,9 Millionen Ausländern wohnen rund 430 000 in Hessen (Stand: 30. 9. 1977). Den größten Teil stellen Türken und Jugoslawen, gefolgt von Italienern, Spaniern und Griechen. Regionaler Schwerpunkt ist seit eh und je das gesamte Rhein-Main-Gebiet, wo mehr als zwei Drittel der Ausländer gemeldet sind. Rund 63 000 Ausländern wurde bisher in Hessen eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis erteilt.

Ausländergruppen mit extremistischen Aktivitäten

Wie in anderen Bundesländern verhält sich der überwiegende Teil der in Hessen wohnhaften ausländischen Arbeitnehmer politisch zurückhaltend. Trotzdem ist festzustellen, daß in Hessen Mitglieder von rund 200 ausländischen extremistischen Organisationen einschließlich Nebenverbänden leben.

Die Aktivitäten dieser Gruppen richteten sich in erster Linie gegen die Verhältnisse in den einzelnen Heimatländern, aber auch die Auseinandersetzungen zwischen den links- und rechtsextremen Gruppierungen wurden in die Öffentlichkeit getragen.

Schließlich richteten sich die Protestaktionen ausländischer Arbeitnehmer und Studenten gegen die angebliche Zusammenarbeit deutscher Nachrichtendienste mit ausländischen Geheimdiensten und gegen das Ausländergesetz. Der größte Teil der Aktionen wäre ohne die massive Unterstützung inländischer linksextremistischer Gruppen nicht möglich gewesen. Sie waren es, die zahlreiche Demonstrationen, Versammlungen und sonstige Aktionen organisatorisch vorbereiteten und personell unterstützten.

Die iranischen Studenten, die an den deutschen Hochschulen in den ideologisch unterschiedlich ausgerichteten „iranischen Studentenvereinigungen“ organisiert sind, deren überregionale Dachorganisationen die „Conföderation Iranischer Studenten National-Union“ (CISNU) und „Conföderation Iranischer Studenten“ (CIS) sind, führten zahlreiche Protestaktionen gegen die Verhältnisse im Iran, u. a. gegen die „Folterung politischer Gefangener“, durch. So kam es am 8. Januar in Frankfurt am Main trotz Verbots der dortigen Polizei- und Ordnungsbehörde zu einem Demonstrationzug von etwa 150 Personen, der durch die Polizei aufgelöst wurde. Hierbei mußten mehrfach Wasserwerfer und Schlagstöcke eingesetzt werden.

Insgesamt wurden vier Iraner wegen Widerstandes gegen Vollstreckungsbeamte, Sachbeschädigung und Teilnahme an einer verbotenen Demonstration vorläufig festgenommen.

Zu einer weiteren nicht angemeldeten Kundgebung von ca. 30 Anhängern der „Conföderation Iranischer Studenten National-Union“ (CISNU) kam es am 3. März in Frankfurt am Main. Die Teilnehmer hatten hierbei ihre Gesichter durch Pappmasken verdeckt. Vom 24. bis 28. April fand in Frankfurt am Main der 17. Kongreß der CISNU unter dem Thema: „Die Einheit innerhalb der iranischen Studenten im Ausland“ statt. Etwa 500 iranische Studenten aus verschiedenen Ländern Westeuropas nahmen daran teil. Es kam nicht zu Zwischenfällen.

Zwischen links- und rechtsextremistischen türkischen Gruppen kam es in den Monaten Januar und Februar in Darmstadt zu blutigen Auseinandersetzungen, bei denen es mehrere Verletzte gab. Prokommunistische Flugblätter und Schriften wurden vor allem in hessischen Universitätsstädten verteilt.

Am 18. Mai wurde ein Brandanschlag auf den Sitz des „Türkischen Kulturvereins“ in Frankfurt am Main verübt. Bei den Tätern handelte es sich wahrscheinlich um türkische Linksextremisten.

Während sich die Linksextremisten überwiegend in „Studenten- und Arbeitervereinen“ zusammengeschlossen haben, sind die rechtsextremistisch eingestellten Türken meist Anhänger der „Partei der Nationalistischen Bewegung“ (MHP) oder von „Islamischen Kulturclubs“ und sogenannten „Idealistenvereinigungen“.

Kroatische Extremisten, die ein „selbständiges freies Kroatien“ fordern, legten am 24. Januar ein Sprengstoffpaket im Schließfach des Wiesbadener Hauptbahnhofs nieder. Am 26. November demonstrierten für die gleiche Forderung in der Frankfurter Innenstadt etwa 1000 Anhänger der „Hrvatsko Narodno Vijeće“, der Weltvertretung aller kroatischen Emigrantenorganisationen.

Die vor allem im Rhein-Main-Gebiet existierenden extremistischen palästinensischen Organisationen wie die „Generalunion Arabischer Studenten in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin“ (GUAS) führten mit Unterstützung der sogenannten „Palästina- und Nahost-Komitees“ zahlreiche öffentliche Versammlungen durch, um auf das Palästina-Problem hinzuweisen. In mehreren Film- und Vortragsveranstaltungen wurde der Befreiungskampf des palästinensischen Volkes verherrlicht und zur aktiven Unterstützung der Befreiungsbewegungen, insbesondere der „Palästinensischen Befreiungsorganisation“ (PLO) unter Arafat aufgerufen.

Im Rahmen der maßgeblich von deutschen Linksextremisten organisierten Palästina-Woche in Frankfurt am Main vom 17. bis 23. Januar fand am 23. Januar 1977 ein Palästinafest im Haus der Jugend in Frankfurt am Main statt, an dem ca. 500–600 Personen teilnahmen.

Auf Initiative der PLO wurden im Mai in der Bundesre-

publik mehrere „Palästinensische Studentenverbände“ (PSV) gegründet, deren Aktivitäten mit der GUAS koordiniert werden. Sitz des Bundesvorstandes ist Frankfurt am Main.

Extremistische Organisationen der Griechen, Italiener, Spanier, Portugiesen und anderer Länder traten 1977 in Hessen nicht über den üblichen Rahmen der Versammlungstätigkeit hinaus in Erscheinung.

Beurteilung

Zusammenfassend ist festzustellen, daß sich 1977 die in Hessen bestehenden ausländischen extremistischen Organisationen gegenüber dem Vorjahr nicht wesentlich verstärken konnten. Auch spektakuläre Gewaltaktionen durch ausländische Terrorgruppen waren nicht zu verzeichnen.

Eine sorgfältige Überwachung extremistischer Ausländergruppen ist jedoch weiter erforderlich, auch damit einer möglichen Gefährdung auswärtiger Belange der Bundesrepublik rechtzeitig entgegengetreten werden kann.

Spionageabwehr

Allgemeine Lage

Die Aktivität der Geheimdienste aller Staaten des kommunistischen Machtbereichs hat auch im letzten Jahr nicht nachgelassen. Im Gegenteil: In Übereinstimmung mit den Äußerungen des Ministers für Staatssicherheit der DDR, Mielke, zum 25. Jahrestag des MfS, die kennzeichnend für die Bestrebungen sämtlicher Staaten Osteuropas sind, ist die „Bedeutung der Tätigkeit sozialistischer Kundschafter an der unsichtbaren Front“ und damit die Spionagebedrohung der Bundesrepublik Deutschland durch die östlichen Geheimdienste erneut gewachsen.

Auch die Erfolge der Spionageabwehr – insbesondere die auf einer Intensivierung der Auswertung und der Methodenforschung beruhenden zahlreichen Festnahmen in den Jahren 1976 und 1977 – führten nicht zu einer Verminderung der Spionagebedrohung.

Die vorliegenden Erkenntnisse bestätigen, daß die gegnerischen Nachrichtendienste nach stets neuen Wegen suchen, um sich offiziell nicht zu erhaltende Informationen zu verschaffen. Dabei nutzen sie aus, daß das Grundgesetz die Freizügigkeit aller Deutschen verbürgt und es im Wesen eines freiheitlichen Rechtsstaats liegt, offene Grenzen zu haben.

Werbeansätze

1977 hat sich erneut gezeigt, daß die östlichen Nachrichtendienste verstärkt bemüht sind, den Reiseverkehr zwischen West und Ost, legale Übersiedlungen von Ost nach West, als Fluchthilfe getarnte Einschleusungen und die familiären Beziehungen zu nutzen, um geheime Mitarbeiter in der Bundesrepublik Deutschland einzusetzen bzw. hier tätige Agenten zu führen. Diese Kontaktmöglichkeiten stehen auch an der Spitze der erfaßten Werbeansätze der kommunistischen Nachrichtendienste.

Daneben werden gezielt Personen angesprochen, deren wirtschaftliche Notlage und deren Fachkenntnisse im technischen Bereich für die gegnerischen Nachrichtendienste erkennbar sind. Diese Methode wird überwiegend von den Nachrichtendiensten der DDR angewandt.

Unter Ausnutzung der derzeitigen Lage auf dem Arbeitsmarkt werden die Stellenanzeigen in den größeren westdeutschen Zeitungen und Fachzeitschriften systematisch ausgewertet, um Ansatzpunkte für persönlich gehaltene Briefanbahnungen zu finden. In nahezu der Hälfte aller bekanntgewordenen brieflichen Anbahnungsversuche war die Aufgabe eines derartigen Inserats Anknüpfungspunkt für die DDR-Nachrichtendienste.

Umfang der Werbungen und Werbungsversuche

Im Jahre 1977 ist die Zahl der erkannten Werbungen und Werbungsversuche zwar hinter der aus einer äußerst hohen Aufklärungsquote der Verfassungsschutzbehörden resultierenden Zahl von 1976 zurückgeblieben, sie liegt aber um mehr als 3 % über dem Ergebnis von 1975.

Wie schon in den Vorjahren ging die Spionagebedrohung überwiegend von den Geheimdiensten der DDR aus. Im gesamten Bundesgebiet wie auch in Hessen betrug deren Anteil mehr als 70 %.

Es folgen – auf das Bundesgebiet bezogen – die Nachrichtendienste Polens (11 %), der CSSR (6 %) und der UdSSR (5 %) mit deutlichem Abstand. In Hessen sind die Anteile der Geheimdienste der CSSR und der UdSSR allerdings höher. Da die Nachrichtendienste dieser beiden Ostblockstaaten vorwiegend bestrebt sind, Erkenntnisse aus dem Wirtschaftsbereich zu erlangen, liegt deren Anteil im Lande Hessen zwangsläufig über dem Durchschnitt.

Werbungsmittel

Die Werbungsmittel der Nachrichtendienste kommunistischer Staaten sind im wesentlichen gleich geblieben. Versprechen und Zusicherungen aller Art wie Einreisebewilligungen und Aufenthaltsgenehmigungen, Niederschlagung von Straf- und Parteiverfahren, berufliche Förderung oder finanzielle Zusicherungen standen an der Spitze, gefolgt von der Werbung unter „falscher Flagge“. Der Angesprochene wird über den wahren Auftraggeber und die tatsächliche Art der Tätigkeit getäuscht. Zu den Werbungen unter falscher Flagge zählen insbesondere die beruflichen Anbahnungen. Nach wie vor spielen ideologische Motive eine untergeordnete Rolle.

Trotz geschickt vorgetäuschter oder tatsächlich vorhandener Vergünstigungen, die die östlichen Nachrichtendienste den Angesprochenen in Aussicht stellen, und z. T. massiver Drohungen gegen ihn oder im kommunistischen Machtbereich lebende Angehörige lehnen nachrichtendienstlich angesprochene Bürger aus der Bundesrepublik Deutschland in zunehmendem Maße eine nachrichtendienstliche Mitarbeit von vorneherein ab. Hierzu dürften die Erfolge der Spionageabwehr und die verstärkte Aufklärung der Bevölkerung über die Tätigkeit östlicher Geheimdienste beigetragen haben.

Führungsmethodik

Die DDR-Nachrichtendienste bevorzugen weiterhin den persönlichen Treff mit dem Führungsoffizier im eigenen Machtbereich.

Die Ausweitung der Fernspreckverbindungen zwi-

schen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR, insbesondere der Selbstwählverkehr, wird seit längerem auch für nachrichtendienstliche Zwecke genutzt. Neben zunehmenden telefonischen Treffabsprachen wurden seit 1976 vermehrt Fälle registriert, in denen Führungsanweisungen und sogar vom Agenten beschaffte Informationen telefonisch zu übermitteln waren.

Genießt der Agent das Vertrauen der Führungsstelle und liegen Gründe vor, ihn besonders schützen zu müssen, etwa weil er Geheimnisträger ist oder sich durch häufige Berlinreisen verdächtig machen würde, ordnen die DDR-Nachrichtendienste auch Treffs im neutralen westlichen Ausland an.

Die anderen kommunistischen Nachrichtendienste führen ihre Agenten weitgehend von den nachrichtendienstlichen Stützpunkten in amtlichen und halbamtlichen Vertretungen („legale Residenturen“) aus. Der Personalbestand bei den Vertretungen fast aller Ostblockstaaten hat auch 1977 weiter zugenommen. Die Zunahme blieb nicht ohne Einfluß auf die Zahl erkannter oder verdächtiger Angehöriger gegnerischer Nachrichtendienste unter den Mitarbeitern dieser Vertretungen.

Bemerkenswert erscheint die Tatsache, daß die Ostblockstaaten diese legalen Residenturen inzwischen auch verstärkt zu gezielter politischer Desinformation benutzen.

Ausspähungsziele

Gegenüber 1975 hat sich sowohl die Zahl der gegen Ziele im gesamten Bundesgebiet wie der Anteil der gegen Ziele im Lande Hessen gerichteten Aufträge verdoppelt und gegenüber 1976 erneut um weitere 12 % erhöht.

Die geographische Lage des Landes Hessen, seine Grenze zur DDR, seine wirtschaftlichen Zentren und Behördensitze sowie das Bundesnotaufnahmelager in Gießen waren dabei herausragende Ansatzpunkte für eine besonders intensive Tätigkeit der östlichen Nachrichtendienste.

In der sachlichen Zielrichtung stehen die Wirtschaftsspionage (33,3 %; Bundesgebiet 17,3 %), die politische (30,8 %; Bundesgebiet 45 %) und die Militärspionage (14,8 %; Bundesgebiet 19,8 %) an der Spitze.

Verurteilungen

Das Oberlandesgericht Frankfurt am Main verurteilte 1977 drei Personen wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit zu Freiheitsstrafen von 8 Monaten, 1 Jahr und 10 Monaten sowie 1 Jahr und 6 Monaten.

Beurteilung

Nach wie vor ist die Bundesrepublik Deutschland besonderes Ziel der Spionageaktivitäten kommunistischer Staaten. Insbesondere die Nachrichtendienste der DDR betreiben noch intensiver als bisher die Aufklärung gegen die Bundesrepublik Deutschland. Diese Tätigkeit wird als Teil der ideologischen Auseinandersetzung zwischen Kommunismus und Demokratie verstanden, wie SED-Generalsekretär Erich Honecker am 3. September 1976 in aller Deutlichkeit vor dem Zentralkomitee der SED feststellte. Daraus erklärt sich auch das besondere Interesse kommunistisch regierter Staaten an der Ausspähung politischer Planungen und Entscheidungsprozesse.

Den verstärkten Spionageaktivitäten der kommunistischen Staaten muß daher mit einer noch intensiveren Abwehr durch die Sicherheitsbehörden begegnet werden. Eine weitere Aufklärung der Bevölkerung über Ziele und Methodik erschwert den gegnerischen Nachrichtendiensten zusätzlich ihre Tätigkeit in der Bundesrepublik Deutschland.